

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Btg. Reklamen 30 Btg. Offertengeld und Anstufungsteilung 30 Btg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontofuss ist jeder Rabatt bündig. Platzanzeigen unterbindlich. - Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 M. einschl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Entschädigung.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 166

Dienstag 19. Juli 1932

35. Jahrgang

Endlich!

Dr. Fr. 19. Juli 1932.

Man atmet förmlich auf angesichts der Nachricht, daß die Reichsregierung endlich den einzig richtigen Schritt unternimmt zur Bekämpfung der blutigen Ausschreitungen, die in letzter Zeit bei uns schon an der Tagesordnung waren. Seitdem die Reichsregierung entgegen der ersten Warnung der maßgebenden Länderregierungen, mit einem bedenklichen Eingriff in deren Polizeihochheit (worüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist) zur Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes geschritten war, gehörte die Straße dem rabiaten Terror. Die Polizei hatte eine schier übermenschliche Aufgabe zu lösen. Überall veranfaßten die Rabiaten nun Demonstrationen, die natürlich auf die Extremen der anderen Seite wie das bekannte „rote Tuch“ wirkten. Ein Zufall genügt oft schon, um die Entwicklung schwerer Zusammenstöße einzuleiten. Die Polizei hatte dabei die Aufgabe wie Andernmaßden jede dieser sinnlosen Demonstrationen zu begleiten und jedesmal bei Zwischenfällen einzuschreiten, wobei sie nicht nur selbst oft genug Verluste zu verzeichnen hatte, sondern auch hinterher noch von beiden Seiten geschmäht wurde.

Die Zustände waren allmählich unerträglich geworden. Der ruhige, arbeitssame Bürger, der den Staat achtet, schien völlig das Recht auf die Straße verloren zu haben. Wo der sinnlose Parteiterror auftrat, da machte er sich das ausschließliche Recht zur Beherrschung der Straße an. In Königsberg war es ja am letzten Sonntag bereits so weit, daß die Straßen der Städte völlig absperrten, weil Hitler „Parole abnahm“. Ja, der Führer verlangte sogar die Zurückziehung der Polizei, durch die man sich provoziert und gefährdet fühlte.

Die Lage wurde in den letzten Tagen immer bedrohlicher. Die nationalsozialistischen Führer, wie Hauptmann Goering, Rechtsanwalt Frank, Goebbels, Straßer u. a. verlangten ganz offen die Bewaffnung der SA und SS. Drohungen wurden dabei ausgesprochen, die ganz offen in einen Bürgerkrieg hineinwiesen. Schon seit Wochen hatten ernste Männer und friedliche Organisationen auf die Gefahren aufmerksam gemacht und die Wiedereinführung des Demonstrationsverbotes verlangt. Die Reichsregierung schwieg und unternahm nichts. Sie hielt sich anscheinend immer noch an das Abkommen gebunden, das bei Brünnings Sturz mit Hitler getroffen war, wonach man jenem als Gegengabe für die Tolerierung des Kabinetts Papen die Straße frei gab.

Das Kabinett Brüning hatte gar wohl gewußt, wie notwendig es war, ein Uniform- und Demonstrationsverbot zu erlassen. Notwendig, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Das Kabinett Papen war schlecht beraten, als es diese Verordnung aufhob und dabei noch einen Konflikt mit den Ländern riskierte. Die Länderregierungen stehen heute glänzend gerechtfertigt da. Dem greifen Reichspräsidenten mögen doch wohl schwere Gedanken gekommen sein, als er durch die blutigen Ereignisse der letzten Wochen erfahren mußte, daß er von dem Kabinett Papen schlecht beraten wurde, als es ihn f. St. zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes veranlaßte.

Das neue Verbot kommt spät. Schon ist viel Unglück passiert, das nach unserer Auffassung hätte vermieden werden können. Aber es mag noch früh genug sein, Schlummerer zu verhüten. Natürlich wird die Beobachter-Presse jetzt wieder die Schlingen ihrer Schimpfpannen öffnen. Die Sprache wird maßlos werden. Aber es scheint, daß die Regierung doch hart bleiben will und entschlossen ist, ernsthaft die Konsequenzen zu ziehen aus den blutigen Vorgängen. Wir können uns dabei die bittere Bemerkung nicht veragen, daß man die ersten Vorstellungen unserer Partei in den Wind schlug.

Kessentlich haben die bösen Erfahrungen der letzten Zeit wenigstens das eine Gele, daß unserm Volke die Augen aufge-

gangen sind. Mögen jene, die den Agitatoren der Rabiaten ihr Ohr geliehen haben, jetzt erkennen, wohin der Weg geht. Jetzt ist Zeit zur Umkehr. Deutsches Volk, erwache! Möchte der 31. Juli ein großes

Bekenntnis unseres Volkes für Ordnung, Ruhe und Frieden bringen.

Wählt die Deutsche Zentrumspartei! Liste 4!

Die Regierung rafft sich auf.

Neues Demonstrationsverbot - Androhung verschärfter polizeilicher Maßnahmen - Bewaffnung von Parteimeeren wird keinesfalls gebuldet - Auch ein Uniformverbot verlangt.

Allgemeines Demonstrationsverbot.

GW Berlin, 18. Juli. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung schon eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gefrigen Auflage enthalten.)

Der Erlass der Reichsregierung.

Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt:

Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Uebervällen von kommunistischer Seite.

Um die unmittelbare Gefahr neuer Uebervälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tag bis auf weiteres auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um den Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Der Wortlaut des Verbots.

Berlin, 18. Juli. Die zweite Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Paragraphen 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt 1 S. 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt 1, S. 339) Anwendung.

§ 2. 1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft: 1. wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des Paragraphen 1 eine

Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt, 2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach Paragraph 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzug, die nach Paragraph 1 verboten sind, teilnimmt.

3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1932.

Eine preussische Ausführungsverordnung

Berlin, 18. Juli. Die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums teilt mit: Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden damit auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Erschwerungsverordnungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli 1932 nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldefrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Keine Bewaffnung von Verbänden.

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. Die Reichsregierung wird notfalls auch nicht davor zurückschrecken, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schusswaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schusswaffen und Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen.

In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigungen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

Die Berliner Presse zum Demonstrationsverbot.

Berlin, 18. Juli. (Sig. Melb.) Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das neue Demonstrationsverbot als erste Korrektur der Notverordnung vom 28. Juni und macht der Regierung den Vorwurf, daß sie ihre Untätigkeit bis zum äußersten beibehalten habe. Wäre das Demonstrationsverbot am Samstag ergangen, dann wäre die Demonstration in Altona wahrscheinlich unterblieben, 12 Menschenleben hätten gerettet werden können. Auch wer grundsätzlich jeder Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten abgeneigt sei, werde in einer so wirren und aufgeregten Zeit der

Beschränkung des Rechts auf die Straße nicht widersprechen, wenn die Erfahrung immer wieder lehre, daß die Polizeiträfte vielfach gar nicht in der Lage seien, den ungeordneten Verlauf großer Kundgebungen und ihnen Schutz gegen Uebervälle zu gewährleisten.

Der „Lokalanzeiger“, der die Schuld für die dauernden Zusammenstöße bei der preussischen Regierung sieht, weil die Zeitung der Polizei nicht die Kraft oder den Willen hat, dem Uebel an die Wurzel zu greifen, bezweifelt, ob es der Reichsregierung gelingen werde, im Benehmen mit den Länderregierungen die Ordnung wiederherzustellen. Es komme darauf an, wer der preussischen Polizei die richtigen Aufträge gibt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zweifelt, ob das Demonstrationsverbot ausreichen wird. Nicht die Versammlungen selbst, seien ja zumeist bewaffneten Uebervällen ausgesetzt, schon weil sie erfahrungsgemäß stark geschützt zu werden pflegen. Dagegen gebe es auch nach dem Demonstrationsverbot der Reichsregierung keinen hinreichenden Schutz für den Anmarsch der Versammlungsteilnehmer, und das Uebel werde nicht an der Wurzel ausgeheckt. Das Blatt fordert in diesem Zusammenhang sofortige handrechtliche Maßnahmen gegenüber dem unerlaubten Waffenbesitz.

Die „Vossische Zeitung“ fordert außer dem Demonstrationsverbot auch das Uniformverbot.

Die „Germania“ warnt vor dem Spiel mit dem Gedanken an den allgemeinen Ausnahmezustand. Wenn die Reichsregierung Deutschland seine verhältnismäßige Ruhe wiedergeben wolle, die sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten durch die von ihr erlassenen Maßnahmen gefährdet habe, dann brauche sie nur dafür zu sorgen, daß die Uniformen wieder verschwinden und auch das gefährliche Demonstrationsrecht wieder in dem gebotenen Maße beschränkt werde. Alles andere stelle ein Experiment dar, das die heute bestehenden Gefahren nur noch vergrößern könne. Das Blatt fragt die Reichsregierung, ob sie endlich genug habe, selbst gegen einen nationalsozialistischen Protest den Weg zu gehen, den ihr die Pflicht vorschreiben sollte.

Die Deutsche Tageszeitung erörtert die Notwendigkeit eines Verbotes der kommunistischen Partei. Das Blatt hält das Verbot politischer Parteien für eine sehr zweifelhafte Waffe. Aber es sei begreiflich, daß in der Öffentlichkeit in steigendem Maße die Frage erörtert werde, wie anders der kommunistischen Bürgerkriegsorgane der Kopf zertreten werden könne. Mit stillem Dulden oder auch nur mit halben Maßnahmen sei ihr nicht beizukommen, denn allmählich gleiche die Situation bereits wieder den Zuständen nach dem November 1918. Die Regierenden stünden vor der Frage des Beweises ihrer Existenzberechtigung, und wenn die Preussische Regierung ihn nicht erbringen wolle oder könne, dann müsse ihn die Reichsregierung liefern.

(Man sieht wie die Rechte immer wieder auf einen Reichskommisssar in Preußen hinarbeitet, obwohl gar kein Grund dafür vorliegt, da die Polizei mehr als ihre Pflicht getan hat.)

Auch ein Uniformverbot gefordert.

GW Berlin, 18. Juli. Im Preussischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärksten Nachdruck einwirken solle, damit die Aufhebung des Uniformverbots sofort rückgängig gemacht werde. In der Begründung des Antrags wird angeführt, daß die politischen Gewalttätigkeiten im Reich Tag für Tag zahlreiche Untopfer gefordert und uns bereits an den Rand des Bürgerkriegs geführt hätten. Diese Zustände, die auch das Ansehen im Ausland ungemein schädigten, seien zweifellos zum allergrößten Teil der Aufhebung des Uniformverbots zuzurechnen. Es wird an das Schreiben des

Reichspräsidenten vom 16. Juni an den Reichsminister des Innern erinnert, in dem gesagt worden sei, daß der Reichspräsident entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Essen, 18. Juli. (Eig. Meld.) Das Bezirkskartell der Christlichen Gewerkschaften Essens hat an den Reichsminister des Innern ein Telegramm gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Minister. Das Demonstrationsverbot ist allein nicht geeignet, den wüsten innerdeutschen Bürgerkrieg zu beenden. Um die Durchführung der Reichstagswahl in Ruhe und Ordnung und die Sicherheit für alle deutschen Bürger zu garantieren, verlangen die 40.000 christlichen Arbeitnehmer Essens, daß das Tragen von parteiischen Uniformen mit sofortiger Wirkung verboten wird.

Kundgebungsversuche in Berlin.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Meld.) Trotz des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel haben Angehörige verschiedener Parteien an mehreren Stellen der Stadt versucht, sich zusammenzusetzen und Unruhen zu veranstalten. Daran waren nicht nur Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern an einer anderen Stelle auch Mitglieder der Eisernen Front beteiligt. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen, z. B. im Nordend; in Moabit, in Neutölln, in Steglitz und in Tegel. Einen heftigen Zusammenstoß hatte die Polizei am Andreasplatz mit etwa 500 Kommunisten. Hier mußten die Beamten, da ihnen heftiger Widerstand entgegengesetzt wurde, mit dem Gummiknüppel vorgehen.

weiteres Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus starb ein Nationalsozialist, der schwere Stichwunden und Schußverletzungen erlitten hatte. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf drei.

Ein Stahlhelmer niedergestochen.

Krefeld, 19. Juli. Nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelms auf dem Westwall kam es zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmann wurde von einem Teilnehmer durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Straßenkampf in Oberhausen.

Witten, 18. Juli. Auf der Landstraße zwischen Homberg und Niederofleiden spielte sich in der vergangenen Nacht ein stundenlang schwerer Kampf zwischen Kommunisten und SA-Leuten ab. Die SA-Leute wurden auf dem Wege zu einer Kundgebung von Kommunisten, die ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung zusammengezogen hatten, mit Revolvergeschüssen, Stich- und Schlagwaffen empfangen. Zwölf SA-Leute wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Auch bei den Kommunisten gab es eine Anzahl Verletzte. Die erregten Bewohner der Umgebung zogen nach Niederofleiden zu der Wohnung des kommunistischen Anführers Brünings, den sie in seiner Wohnung im Kleidergeschäft versteckt, nur mit dem Hemd bekleidet, aber im Besitz eines Revolvers und eines Dolches antrafen. Er wurde von der Menge so schwer mißhandelt, daß er in die Warburger Klinik übergeführt werden mußte. Bei der polizeilichen Hausdurchsuchung in den Wohnungen der Kommunisten wurden eine ganze Anzahl Waffen beschlagnahmt und 10 Verhaftungen vorgenommen.

Die Liste der Opfer wächst.

Neue Zusammenstöße — Noch weitere Todesopfer vom Sonntag her.

Noch zwei weitere Tote in Altona.

Altona, 18. Juli. Von den Schwerverletzten der blutigen Zusammenstöße sind zwei weitere Personen im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen.

Zusammenstöße bei Striegau.

Witten, 18. Juli. Die Nationalsozialisten hatten im Anschluß an einen „Deutschen Tag“ in Striegau einen Werbemarsh durch den Kreis veranstaltet. Als sie durch das Arbeiterdorf Groß-Rosen zogen und dort Sprechchöre veranstalteten, kam es zu Zusammenstößen mit der Einwohnerwehr. Ein Nationalsozialist wurde getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt. Auch unter der Dorfeinwohnerschaft gab es zahlreiche Verletzte.

Zusammenstöße in Sindenburg.

Sindenburg, 19. Juli. Nach einer Mitteilung der Polizeipressestelle kam es Montagabend zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen zehn Reichsbannerleuten und sechs Kommunisten einerseits und etwa ebensovielen Nationalsozialisten andererseits, die angeblich die von den Reichsbannerleuten und Kommunisten bewachten Plakate der Antifaschistischen Einheitsfront zu entfernen versuchten. Ein Kommunist erhielt eine leichte Messerstichwunde am Hinterkopf. Vier Nationalsozialisten wurden festgenommen und zwei Krübstöße beschlagnahmt. Im Anschluß daran kam es zu einer Ansammlung von mehreren hundert Personen, die durch die Polizei zerstreut werden konnte.

Neuer Zwischenfall in Langenfelbold.

Hannau, 18. Juli. In Langenfelbold wurden heute nachmittag die beiden Frauen beerdigt, die bei den Erwerbslosenunruhen am Freitag erschossen worden waren. An der Beerdigung nahmen etwa 5000 Personen teil. Auf dem Rückweg bewarf eine Anzahl Teilnehmer das Haus eines Landjägers mit Steinen. Der Landjäger sah sich schließlich gezwungen, sich der Angreifer mit seinem Revolver zu erwehren. Er verletzte einen Arbeiter tödlich, drei Personen schwer, und mehrere leicht.

Ein zweites Todesopfer Langenfelbold.

Hannau, 18. Juli. Einer der bei den heutigen erneuten Unruhen in Langenfelbold Schwerverletzten ist gestorben.

Blutige Zusammenstöße in Werlingen.

Augsburg, 18. Juli. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es am Sonntag in Werlingen in Schwaben zwischen Augsburger Kommunisten und Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Reichstagsabg. Nager erhielt dabei einen gefährlichen Stich in den Unterleib. Auch ein Kommunist wurde erheblich verletzt.

Kommunistischer Überfall auf Nationalsozialisten.

Euskirchen, 18. Juli. Auf dem Heimwege von einer nationalsozialistischen Kundgebung wurde gestern ein mit Nationalsozialisten besetzter Lastkraftwagen auf der Gießbrücke von Kommunisten aus dem Hinterhalt beschossen. Die Nationalsozialisten verfolgten die Schützen bis in deren Paradenwohnung. Dort entspann sich ein heftiges Handgemisch, in dessen Verlauf die Wohnungseinrichtungen schwer beschädigt wurden. Die Polizei verhaftete etwa 10 Kommunisten und beschlagnahmte mehrere Waffen.

Straßenkampf in Isehoe.

Isehoe, 18. Juli. In der vergangenen Nacht kam es auch in Isehoe zu schweren Schießereien. Als SA-Leute aus Altona durch die Stadt fuhren, wurden sie von Kommunisten beschossen. Dabei wurden zwei SA-Leute schwer verletzt. Als die Schupo eintraf, wurde auch ein Schupoamann durch einen Steinschlag in den Arm nicht unerheblich verletzt. Die Ruhe konnte bald wieder hergestellt werden.

Weiteres Todesopfer in Greifswald.

Greifswald, 18. 7. Die schweren politischen Zusammenstöße, die sich gestern in Greifswald ereigneten, haben ein

Rund um den Wahlkampf.

Brünings Rede in Freiburg.

Freiburg i. Br., 19. Juli. (Eig. Meld.) Vor 25.000 Zuhörern sprach Montagabend Dr. Brüning in einer großen Zentrumskundgebung. Er habe, so führte Dr. Brüning aus, nicht ohne Grund das Wort von den hundert Metern vor dem Ziel gesprochen und nicht ohne Grund die künftige Reichsregierung auf seinem politischen Standpunkt vor dem Auslande festgelegt. Denn er habe damals schon gewußt, daß er seinen Posten nicht mehr behalten könne. Man habe im Auslande immer wieder betont, daß es nur darauf ankomme, innenpolitisch die Dinge in die Hand zu bekommen und daß man außenpolitisch mit sich sprechen lassen würde. Wenn der frühere deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht es so darstelle, als ob man in Lausanne durch Handeln alles erreicht habe, während früher mit Schulden gearbeitet wurde, so müsse er darauf erklären, daß viel Handeln in Lausanne nicht mehr notwendig war, nachdem zwei der hauptbeteiligten Mächte nach Verhandlungen mit ihm — Dr. Brüning — bereits erklärt hätten, daß sie für restlose Schuldenerleichterung seien. Er, Dr. Brüning, sei darauf eingestellt gewesen, die unbequeme Reparationslast zu beseitigen, allerdings auf andere Weise, als es Dr. Schacht in Paris und später gesungen sei, dem deutschen Volke wider seinen Willen den Youngplan aufzuzwingen. Solche Persönlichkeiten täten besser, sie würden bescheiden aus der Öffentlichkeit verschwinden.

Dr. Brüning kritisierte dann die neue Reichsregierung, die sich damit begnüge, die bereits druckfertigen und zur Unterschrift bereiten Verordnungen aus den Schreibtischen der Regierung Brüning zu nehmen und nach drei bis vier Wochen „schlagartig“ in Kraft zu setzen. Dr. Brüning wandte sich dann scharf gegen die NSDAP. Vor Hitler fürchte sich das Zentrum nicht. Denn die Diktatur einer einzigen Partei werde sich das deutsche Volk nie gefallen lassen. (Anhaltender Beifall).

Nachdem Dr. Brüning die einseitige Bevorzugung des rettungslos verschuldeten Großgrundbesitzes im Osten kritisiert hatte, erklärte er, die geistliche Aufgabe der Zentrumspartei bestehe darin, die Massen aufzufangen, die sich enttäuscht fühlten würden, wenn der Nationalsozialismus bewiesen habe, daß er nicht einmal fünf Prozent seiner Programmpunkte durchführen könne, ohne die deutsche Wirtschaft zu ruinieren.

Gegen die Politisierung des Rundfunks.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Meld. unv. Berl. Vertr.) Nach allem was man hört, ist eine neue Organisation der Rundfunkhörer im Werden begriffen, die sich mit Entschiedenheit gegen die Vereinheitlichungspläne des Reiches, vor allem aber gegen die Auslieferung des Rundfunks an die Gegner des Staats werden will. Versprechungen und Vorbereitungen zur Gründung der Organisation sollen bereits im Gange sein.

27 Parteien.

Berlin, 18. Juli. Die Frist für die Einrichtung der Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 lief gestern ab. Bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises 2 (Berlin) sind nicht weniger als 27 Wahlvorschläge eingereicht worden. An der Spitze des Stimmzettels werden selbstverständlich die bekannten politischen Parteien marschieren in folgender Reihe:

1. Sozialdem. Partei Deutschlands
2. Nationalsozialisten.
3. Kommunistische Partei.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Deutsche Volkspartei.
7. Wirtschaftspartei.
8. Staatspartei.
9. Landvolk.
10. Christlich-sozialer Volksdienst.

Die übrigen siebzehn Einwärtler auf die Gültigkeit des Wahlvolkes verdienen wahrhaftig nicht, hier mit Titel und Würden vorgeführt zu werden. Die Reichstagswahl ist bedenklich eine Entscheidung über Sein und Nichtsein der Nation! Darum allein geht es und nicht um kleinere Interessen. Jeder einzelne muß sich am 31. Juli entscheiden, ob er Deutschland weiter dem inneren Unfrieden und der Selbstzerfleischung überantworten, oder ob er den großen Ordnungsbund der Mitte unter Brüning zum ausschlaggebenden Einfluß, und damit dem Volke zu ruhigem Wiederaufbau, zu Arbeit und Brot verhelfen und das Mitbestimmungsrecht des Staatsbürgers an der Gestaltung des Reiches sicherstellen will. Wer Deutschlands Glück und Frieden will, setze alle Kraft ein für

Liste 4. Deutsche Zentrumspartei.

Eine unangenehme Erinnerung.

Die Frau J. gräbt einen Brief Trejmanns aus (Trejmanns Vermächtnis Bd. 2, S. 410 ff.), der dem neuen Führer der einst so stolzen Partei heute böse in den Ohren klingen muß. Er lautet:

An Rechtsanwalt Dingeldey, Darmstadt. 9. August 1926.

„Inzwischen haben die vaterländischen Verbände in Sachsen sich zu Meistern der Parteien aufgeworfen und von uns verlangt, daß wir eine gemeinsame Liste mit den Deutschnationalen aufstellen, uns verpflichten, nie wieder mit der Sozialdemokratie in einer Regierung zu sein, und „Sicherheiten“ dafür geben, daß wir auch in Zukunft mit den Deutschnationalen arbeiten. Ich bin gewillt, demgegenüber die letzten persönlichen Konsequenzen zu ziehen, und würde unter keinen Umständen in einer Partei bleiben, die sich derart degradieren läßt. Wenn sie gewillt ist, das Erbe von Bennigsen und Baffermann an die Westarp und Hugenberg auszuliefern, so werde ich den Kampf im deutschen Volke um die Bewahrung dieses Erbes aufnehmen und ich bin überzeugt davon, daß die übergroße Mehrheit der volksparteilichen Wähler und darüber hinaus Hunderttausende sich einer Bewegung anschließen werden, die den Liberalismus wiederaufbaut, wenn diejenigen, die Träger des Liberalismus sein sollten, bereit wären, ihn zugunsten von nationalsozialistischen Phrasen aufzugeben. Nach Rücksprache, die ich hier gehabt habe, bin ich aber überzeugt, daß es dazu gar nicht kommen wird, da den meisten klar geworden ist, um was es wirklich geht. Ich bewundere die Deutschnationalen um die glänzende Taktik, mit der sie ihre eigenen fortgesetzten Niederlagen verschleiern und jetzt den Ruf nach nationaler Einigung ausstoßen, während sie sich selbst in schwierigster Lage befinden. Nur würde ich es bedauern, wenn wir tiefen Sirenen-Längen folgen würden.“

Brünings Arbeit für die Landwirtschaft.

Die Regierung Brüning ist gerade auch von einem Teil der deutschen Landwirtschaft auf das heftigste bekämpft worden. Der Landbund und die ihm nahestehenden landwirtschaftlichen Vereine haben ihr immer wieder vorgeworfen, daß sie die Not der Landwirtschaft verkenne und ihre lebenswichtigen Interessen nicht wahrte. Der beliebteste Vorwurf betraf die Außenhandelspolitik der Regierung und behauptete, daß sie die deutsche Landwirtschaft nicht hinreichend gegen die ausländische Konkurrenz schütze.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Tatsächlich ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen. Das Institut für Konjunkturforschung hat (Wochenbericht vom 25. Mai 1932) berechnet, daß der Anteil der Einfuhr am Verbrauch im Jahre 1931 im Vergleich zu 1927 sich wie folgt gestaltet:

bei Fleisch	8%	1%
bei Brotgetreide	24%	4%
bei Futtergetreide	21%	6%
bei Eiern	37%	30%

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln betrug im Jahre 1931 nur noch 3,6 Mill. Tonnen im Werte von 1,2 Milliarden M gegen 10,4 Mill. Tonnen zu 3,4 Milliarden M im Jahre 1927. Der Zollschutz bei Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben, bei Vieh, Milch und Mehlprodukten kann als hinreichend bezeichnet werden. Der Bierzoll war lange Zeit im italienischen und jugoslawischen Handelsvertrag gebunden; diese Bindungen sind aber noch von der Regierung Brüning gelöst worden. Wenn die Verdrängung des ausländischen Angebots nicht auf allen Gebieten den Preissenkung aufhalten konnte, so liegt das daran, daß die lausfräftige Nachfrage infolge der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise immer mehr zurückging. Das landwirtschaftliche Angebot namentlich an Veredelungsprodukten fand immer weniger zahlungsfähige Käufer und mußte deshalb immer wieder mit den Preisen heruntergehen.

Diese Zahlen und Zusammenhänge wissen alle einsichtigen Landwirte zu würdigen. Sie werden sich deshalb den schiefer Berechnungen und demagogischen Versprechungen des Landbundes und seiner unheilvollen Mittläufer verschließen. Hat doch auch die Regierung von Papen nichts gegen diese Marktentwicklung ausrichten können.

Eine Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft ist letzten Endes von der Gesamtwirtschaft abhängig. Erst wenn die Wirtschaft insgesamt, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Welt, wieder aufwärts geht, wird eine gründliche und andauernde Behebung der Not der Landwirtschaft einsehen. Die zweijährige Arbeit der Regierung Brüning hat die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskrise sowie das für Deutschland mögliche war, aufgehalten und die weltwirtschaftliche Kooperation zur Überwindung der allgemeinen Wirtschaftskrise erfolgreich vorbereitet.

Unter Beweis gestellt!

Die Unterföhung der Regierung Papen durch den Nationalsozialismus.

Aus der Zentrumsfraktion wird uns geschrieben:

Zimmer entschiedener bestreiten Sittler und die Seinen jede Verbindung mit der Regierung Schleicher-Papen. Im nationalsozialistischen Lager heißt es jetzt: „Wir haben und wir hatten mit diesem Kabinett nichts zu tun. Von uns wurden dieser Regierung die Wege nicht geebnet. Niemals leisteten wir die kleinste Hilfe. Uns kann man weder für die Vorbereitung noch für die Außenpolitik verantwortlich machen. Im Gegenteil! Erst doch unsere Zeitungen. Hört unseren „Führer“. Laßt es euch von unseren Rednern sagen. In Stadt und Land steht ihr auf schärfste Kampfanlage. Unser Ruf war stets: Brüning-Papen alle gleich, Rettung bringt das Dritte Reich!“

War das wirklich stets der Ruf? Nein! Als Brüning aus dem Hinterhalt heraus gestürzt wurde, johlten und tobten die Nationalsozialisten am wütendsten. Den neuen Herren aber gegenüber blieben sie mäßig. Eben wurde ja der Pakt zwischen Sittler und den kommenden Machthabern gefingert. Leugnen hilft hier nichts! Leute, die es wissen können, haben ihre Stimme erhoben:

Der führende Mann des Herrenklubs, Herr v. Gleichen, weiß doch wohl Bescheid. Nach seinem bekannten Briefe versprachen die Nationalsozialisten, nicht nur die Regierung zu tolerieren, sondern der „Führer“ — so sagt der Verfasser des Briefes — habe dem Kabinett seine ausdrückliche Zustimmung gegeben.

Im selben Sinne äußerte sich der Adjutant Eugenbergs, Stadler, im „Großdeutschen Reich“. Nach seinem Auftrag ist das Einvernehmen zwischen Schleicher und Sittler eine „unwiderlegliche Tatsache“.

Der deutschnationale Hauptmann Schmitt erklärte nach dem „Tag“ in einer Berliner Versammlung: „Die nationalsozialistische Partei hat dieser Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbotes und die Auflösung des Reichstages erhalten“. Er forderte die Führung der NSDAP auf, den Gegenbeweis hierfür anzutreten.

Soll das wohl frei erfunden sein? Wohl kaum. Denn warum hat dann Herr Goebbels vor einigen Wochen in einem Rundschreiben gefordert, seitens aller Parteifellen hätten Diskussionen über die Regierung v. Papen zu unterbleiben?

Warum erkannte der nationalsozialistische Oberst Hofmann in einer Rede in Ingolstadt von allen Regierungen nur die des Reiches an?

Warum drückten sich die nationalsozialistischen Abgeordneten im Sächsischen Landtag an der Abstimmung über einen Antrag vorbei, der dem Reichskabinett schärfste Mißtrauen aussprach?

Warum rufen Fried und Strasser den Auswärtigen bzw. den Ueberwachungsansatz nicht ein?

Hat das alles gar nichts zu bedeuten? Gewiß doch! Eine kleine Gegengabe mußte Sittler der Regierung machen, die ihn so reich beschenkte. Sie hatte die braune Armee wieder zugelassen. Die Straße war frei für SA und SS. Nationalsozialisten durften demonstrieren und terrorisieren. Der Zugang zum Rundfunk stand offen. Versprochen war ihnen die Ueberantwortung der Länderregierungen. Zugleich setzte das Kabinett alle anderen Parteien unter Druck, bedrohte und verbot ihre Presse. Bei so reichen Gaben mußte sich schon die „deutsche Freiheitsbewegung“ ein bißchen dankbar erweisen. Sie tat es auch. Augenwinkend wurden die neuen Machthaber toleriert.

Die Folgen des innerpolitischen Stillstandes bekamen das ganze Volk bald zu spüren. Wohl trugen SA und SS jetzt „schmutzige Uniformen“, aber die Massen hatten sich den Anbruch des Dritten Reiches doch ganz anders vorgestellt. Sie waren enttäuscht. Ob gern oder ungern, mit gedämpften Trommelflag mußte die nationalsozialistische Presse irgendwo verstoßen auf der dritten oder vierten Seite ein bißchen Opposition anklagen lassen. Den Führern des Nationalsozialismus wurde es ungemütlich. Jetzt opponierten plötzlich andere Parteien laut und eindringlich. Hatten sie denn nicht das Alleinrecht auf Schimpfen? Drückend wirkten mittlerweile auch die innerpolitischen Maßnahmen der Regierung. Und nun folgte zu allem auch noch Lausanne mit seinen Enttäuschungen.

Was war zu tun? Die Nazileitung beschloß, energisch das Steuer herumzuwerfen. Jetzt erst hieß es: „Wir Nationalsozialisten haben mit Papen gar nichts zu schaffen. Er ist genau wie Brüning“. Spätkentlang Artikel werden durch die Nazi-

presse gejagt. Sie sollen die angeblichen Lügengebäude des Nazismus und des Zentrums zerreißen.

Zimmer nachhaltiger wird jede Abhängigkeit bestritten. Bald ist man wieder in voller Fahrt. Am eindringlichsten spürt der Reichspropagandachef und Agitator Goebbels, worum es geht. Ihm ist völlig klar geworden, daß der 31. Juli seiner Partei eine entscheidende Niederlage bringen muß, wenn es ihm, dem Vielgewandten, mit seinen Künften nicht gelingt, in einem großzügigen Gegenfeldzug nachzuweisen, daß die Nationalsozialisten niemals bei der Regierung „Schmieren“ gestanden haben. Er läßt in die Köpfe hineinhämmern, der Freiheitsbewegung seien keine Zugeständnisse gemacht worden. Im Gegenteil! Sein Organ „Der Angriff“ verflucht in Riesenlettern, Innenminister v. Goltz knebele die deutsche Freiheitsbewegung. Goebbels läßt weiter veründen, was über uns geredet und geschrieben wird, ist falsch. Wir standen vom ersten Tage an im schärfsten Kampf. Die nationalsozialistischen Provinzialblätter leisten gar keine Gefolgschaft. Von ihnen hört man, daß Herr v. Gleichen und daß Herr Stadler nichts wissen könnten. Die Abstimmung im Sächsischen Landtag hätte nichts zu sagen. Die Nichtübernahme der Reichstagsausschüsse sei bedeutungslos. Wie wären Rundschreiben herausgegangen, die eine Zurückhaltung gegenüber v. Papen gefordert hätten. Alles sei erdacht, alles erlogen von den Stumpenpartei, um den Nationalsozialismus endlich niederzujagen. So hat sich mittlerweile das Kampffeld tatsächlich verändert.

Erst offensichtlich Tolerierung. Dann Opposition auf Hilspantoffeln. Jetzt schärfste Trommelfeuer wie einst im Mai.

Alle bekannten und jeden denkenden Menschen überzeugende Tatsachen werden wegdiskutiert. Nichts soll wahr sein. Gut! Mögen die Nationalsozialisten ruhig alles bisher Gesagte bestritten. Es soll ihnen trotzdem nicht gelingen, aus der selbstgeknüpften Schlinge zu kommen.

Heute stellen wir einen Vorgang unter Beweis, der ihnen die Mäße vom Gesicht reißt. Mit leichten Redensarten und Geschrei können sie dagegen nichts ausrichten. Sie sollen vor dem Volke als das erscheinen, was sie sind, nämlich die Wegbereiter der Regierung Schleicher-Papen.

Wir beweisen!

Zu Mittwoch, den 8. Juni 1932, lud Reichskanzler v. Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Ministerpräsidenten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Der hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten.

Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit Beauftragten Adolf Sittlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumsfraktion hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte Herr von Papen mit, würden die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutschnationalen in einem Briefe unterbreiten.

In diesem Aufsatz erübrigt es sich,

im einzelnen darzulegen, was die Zentrumsvertreter dem Kanzler erwiderten. Von größter Bedeutung ist aber für die hier angestrebte Beweisführung noch,

daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingung zu stellen, die Zentrumsfraktion solle ihre unsinnige Opposition gegen sein Kabinett einstellen. Vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge weggelassen werden. Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu „versessen“ gewesen.

Soweit der Vorgang. Leugnen die Nationalsozialisten auch jetzt noch, daß sie ernstlich gewillt waren, der neuen Regierung zu helfen? Bestreiten sie auch jetzt noch alles nachdem hier ihre Bereitschaft unter Beweis gestellt wurde? Sie können es nicht mehr. Von Hause aus gehören sie zu diesem Kabinett der „nationalen Konzentration“. Darum durfte Herr v. Papen auch in Lausanne mit gutem Recht ausführen, er spreche für das ganze „nationale Deutschland“. Hatte er doch vorher die „deutsche Freiheitsbewegung“ bestritten.

Diese wollte sich jetzt auch dankbar erweisen. Noch mehr! Sie wollte sogar Herrn von Papen alle Hindernisse aus dem Wege räumen. Darum ihr Bestreben, die Opposition der Zentrumsfraktion — wohlgerne, nicht etwa nur der preussischen Landtagsfraktion — zu beseitigen. Die Nationalsozialisten wollten die im wohlverstandenen vaterländischen Interesse geübte Wachsamkeit des Zentrums unterbinden wissen, damit die neuen Machthaber möglichst leichtes Spiel hätten.

Der in der Unterredung angekündigte Brief der Nationalsozialisten ist nicht in den Besitz der Zentrumsfraktion gekommen. Warum wohl nicht? Nun, inzwischen war für die Nationalsozialisten die Lage brenzlich geworden. Sie spürten den zunehmenden Widerstand aus den eigenen Reihen und den Druck der Oppositionsparteien. Ueberall garte und brodelte es. Alles war verloren, wenn nicht schnell dem Kabinett schärfster Kampf angesagt wurde. Darum die Rückkehr zu der seit Jahren bekannten Haltung. Die Gesichte der Reichsregierung waren unter Dach und Fach. Größer denn je die Agitationsmöglichkeiten. In aller Eile wurde die Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen verschoben. Dann zogen der „Führer“, der Reichspropagandachef, die Redner in Stadt und Land, die Zeitungen alle Register: „Brüning-Papen alle gleich; Rettung bringt das Dritte Reich“.

Die grobe Täuschung soll nicht gelingen. Wir haben unter Beweis gestellt, wie eng die Bande zwischen Papen und den Nationalsozialisten waren. Drumherumtreden und lautes Geschrei schaffen diese Tatsache nicht aus der Welt. Die klaren Feststellungen heißen eine ebenso klare Antwort. Es sind Namen, Zeit und nähere Umstände deutlich genannt. Vermittler der Forderungen des Nationalsozialismus an das preussische Zentrum war der jetzt amtierende Reichskanzler von Papen. Die Nationalsozialisten werden es nicht wagen können, auszubiegen. Sie haben das Wort. Das ganze Volk, ihre Anhänger und ihre Gegner wollen die Antwort hören!

Späte Einsicht.

Berlin, 17. Juli. (Eig. Meld.) Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags eingebrachte Antrag, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß beschäftigt, ist, wie der Preussische Pressedienst der NSDAP mitteilt, zurückgezogen worden.

Dieser Tage lasen wir davon, daß Sittler Herrn Rube zurückgepfiffen habe. In der Partei begann man doch einzusehen, daß diese Art des Kampfes der preussischen Landtagsfraktion das Volk anwidert. Da man aber doch noch Stimmen für die Wahl fangen möchte, ist der Vorfall dem braunen Hause peinlich. Darum jetzt der Rückzieher. Die zerklüftete Ehre der wehrlosen und am politischen Kampf völlig unbeteiligten Frau kann man aber damit nicht widerherstellen. Das Außenfeld ist gezeichnet und bereits überall bekannt geworden. Hoffentlich hat es wenigstens die Wirkung, daß bestritten Gutgläubigen, die bisher dem Nationalsozialismus nachliefen, die Augen

Was geht in Haus Doorn vor?

Berlin, 18. Juli. (Eig. Meld. unv. Berl. Vertr.) Ein führendes englisches Blatt, der „Daily Herald“, der in letzter Zeit wiederholt über Reisen des ehemaligen deutschen Kronprinzen und anderer rechtsstehender Persönlichkeiten nach Holland berichtet hat, teilt neuerdings wieder mit, daß der Kronprinz eine neue Reise nach Doorn unternommen habe. Er sei am Freitag der vergangenen Woche in Begleitung des Prinzen Oskar von Preußen mit dem Grafen zusammengetroffen und in größter Abgeschlossenheit hätten private Besprechungen über den Stand der Restaurationsbewegung in Deutschland stattgefunden, bei denen besonders die dem Kronprinzen zufallende Aufgabe erörtert worden sei. Es handle sich um die Fortsetzung der geheimen Begleitung mit dem Kaiser in Zandvoort, die immer abgelehnt worden sei, die aber trotzdem stattgefunden habe. Angesichts der sich häufenden Behauptungen gut unterrichteter englischer Blätter, ist es allmählich an der Zeit, daß man auch in Deutschland den Vorgängen in Doorn erhöhte Aufmerksamkeit schenkt.

Zusammenfluß der Kriegsbefähigtenverbände?

Berlin, 18. Juli. Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der deutschen Kriegsbefähigten, nämlich der Reichsverband Deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshinterbliebener e. V. und der Zentralverband deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshinterbliebener e. V., halten in der Zeit vom 24. bis 26. Juli in Bremen ihre Verbandstagung ab. Bei dieser Gelegenheit soll der Zusammenfluß der beiden genannten Reichsorganisationen erfolgen.

Durchbare Dynamitexplosion.

Kimberley, 18. Juli. Bei einer Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Maguass (Transvaal) acht Personen getötet. 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn zum „Goldrand“ befördert wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die 34 Wagen des Güterzugs wurden aus den Gleisen geworfen; die Maschine blieb unbeschädigt. Die acht Toten sind drei Kinder, eine Frau, ein Dorfschullehrer, zwei Eingeborene und der Zugführer. Die Explosion ereignete sich gerade in dem Augenblick, als der Zug durch die Ortschaft Leeuwarda, 250 Kilometer von Kimberley fuhr. Die Getöteten waren mit Ausnahme des Zugleiters Einwohner des Orts, welche die Durchfahrt der „größten Dynamitladung der Welt“ ansehen wollten. Ein 150 Meter von der Explosionsstelle entfernt stehendes Haus wurde völlig zerstört, wobei die Bewohnerin den Tod fand. Die Zerstörung aller Telegraphen- und Telefonleitungen in der Umgebung hat den Nachrichtenverkehr sehr behindert.

Schwere Explosion in einem Züricher Laboratorium.

Zürich, 18. Juli. In einem hiesigen chemischen Laboratorium ereignete sich gestern eine heftige Explosion. Drei Angestellte der Firma wurden schwer verletzt. Ein Postboot, der im Augenblick der Explosion vorüberfuhr, wurde von seinem Rade geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

aufgegangen sind. Da sahen wir das wahre Gesicht der „Freiheitskämpfer“ im Landtag. Es sollte zu entschlossener Abkehr aufrufen.

Wetterausichten.

Während sich über dem Ozean ein stabiles, festliegendes Hoch weiter trägt, folgt auch über Mitteleuropa der Luftdruck durch die ankommende Kaltluftzunahme stärker an. Es bildet sich über Frankreich und Deutschland im Anschluß an das westliche Hochdruckgebiet ein Hochdruckkeil, vorläufig besteht jedoch zwischen den beiden Zirkulationsystemen kein innerer Zusammenhang. — Ueber der Nordsee und über England liegt eine Störungslinie, hinter der sich ein weiterer Schub Kaltluft gegen das Festland ausbreitet. Die Wetterwirksamkeit dieser Störungslinie dürfte durch Absinken der Luftmassen in größerer Höhe zwar geschwächt, aber nicht ganz aufgehoben werden.

Vorhersehe bis Mittwoch: Nicht ganz beständig, wechselnd bewölkt, strichweise Schauerneigung, zu kühl.

Aus der Welt des Arbeiters

Der antisoziale Kurs.

Vom Bezirksrat der christlichen Gewerkschaften Köln wird uns geschrieben:

Die Maßnahmen, die die neue Notverordnung vor allem auf sozialpolitischem und auch auf steuerpolitischem Gebiete vorzieht, beweisen, daß die ablehnende Haltung der christlichen Arbeiterschaft gegenüber der neuen Regierung berechtigt war. Mit der Regierung Brüning wurde eine Regierung gekürzt, die bei allen Maßnahmen, die aus der Notzeit zwangsläufig erfolgten, ernsthaft eine gerechte Lastenverteilung herbeizuführen suchte. Die Vorgänge um den Sturz der Regierung Brüning und auch die Wähler der neuen Regierung bieten nicht die Gewähr dafür, daß es auch in Zukunft so sein wird. Eine Verhütung konnte der Arbeiterschaft nach dieser Hinsicht auch nicht die Regierungserklärung bringen. Im Gegenteil: Einzelne Äußerungen darin lassen starkstens befürchten, daß von der Regierung Schleicher-Papen in Deutschland ein antisozialer Kurs getrieben wird. Eine Verstärkung dieser Befürchtung besteht schon und zwar in Form der in der neuen Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen.

In der Regierungserklärung wurde von dem Versuch der Nachkriegsregierungen, den Staat zu einer Art „Wohlfahrtsanstalt“ zu machen, durch den die moralischen Kräfte der Nation geschwächt seien, gesprochen. Was die neue Notverordnung auf sozialpolitischem Gebiete enthält, ist Beweis dafür, daß die vorerwähnte Äußerung in der Regierungserklärung nicht anders zu verstehen ist, als daß der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber derjenigen Arbeiterschaft, die durch die Wirtschaftskrise in Not geraten ist, nicht mehr in dem Umfang nachkommen soll, wie es sich gebührt. Darüber hinweg helfen auch nicht die Beteuerungen einzelner Minister, daß die Regierung nicht unsozial sein wolle. Die Arbeiterschaft und insbesondere derjenige Teil in ihr, der auf Unterstützung angewiesen ist, empfindet aber die Kürzung der Unterstufungen in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung und in der sozialen Fürsorge als in höchstem Maße unsozial. Von dieser Überzeugung läßt sie sich auch nicht abbringen durch die Erklärung, daß vor allem die Kürzungen in der Sozialversicherung notwendig seien, um die Sozialversicherung überhaupt aufrecht zu erhalten.

Die Kürzungen der Renten in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung bedeuten eine Einkommensminderung dieser Renteneinkäufer, die zur vollständigen Verelendung führen muß, zumal diese Renten in der Vergangenheit kaum eine Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse zuließen. Ähnliche Folgen hat auch die Kürzung der Unfallrenten. Ungeheuer hart empfindet die Arbeiterschaft die Änderungen, die durch die neue Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden, die darin bestehen, daß die Unterstufungen um durchschnittlich 23 Prozent gekürzt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen Unterstufung erfolgt. Die Unterstufungen in der Arbeitslosenversicherung sind schon in so starkem Maße gekürzt worden, daß diese weitere erhebliche Senkung katastrophale Folgen für die Unterstufungsbezieher haben muß.

Die unumschränkte Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung bedeutet auch eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft von nicht geringem Ausmaß, und die Kürzung der Arbeitslosenunterstufung um durchschnittlich 10 Prozent trägt der wirtschaftlichen Lage derjenigen Volksgenossen, die Arbeitslosenunterstufung beziehen, gar keine Rechnung, da die Höhe, die seither gezahlt wurden, schon das alleräußerste Minimum darstellten.

Furchtbare Folgen muß aber vor allem die Senkung der Wohlfahrtsunterstufung um 15 Prozent durchschneiden, wie es die Notverordnung vorsieht, haben. Die Wohlfahrtsunterstufungsempfänger sind zum großen Teil Menschen, die schon jahrelang in keinem geordneten Beschäftigungsverhältnis stehen. Die letzten wirtschaftlichen Reserven sind dadurch aufgebraucht. Es fehlt in den Kreisen der Wohlfahrtsunterstufungsempfänger und ihren Familien am allerwenigsten. Die Kleider sind abgetragen, Hausrat und sonstige Gebrauchsgegenstände veräußert und die Körper der Menschen entkräftet, weil schon die bisherige Unterstufung eine auch

nur einigermaßen ausreichende Befriedigung der einfachsten menschlichen Bedürfnisse nicht zuließ.

In demselben Maße ungerecht und unsozial empfindet die Arbeiterschaft die in der Notverordnung vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen. Die Salzsteuer stellt eine Besteuerung des Konsums roherer Art dar, die sich fühlbar nur auswirkt bei den in der bemittelten Volksschicht, also bei den Arbeitern und vor allem bei den Unterstufungsempfängern. In demselben Maße roh und unsozial ist auch die Art der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. Sie stellt eine schmerzliche Belastung aller Lohn- und Gehaltsempfänger von 1½ Proz. ihres Einkommens dar. Eine gerechte Staffelung dieser einheitlichen Abgabe wäre unbedingt an die Lage geknüpft und zwar derart, daß die höheren Einkommen stärker von der niedrigeren Einkommen stärker belastet worden wären.

Es ist im Rahmen dieser Abhandlungen nicht eine umfassende Kritik der neuen Notverordnung beabsichtigt, sondern es kam nur auf die Herausstellung einiger für die Arbeiterschaft besonders wichtigen Punkte an. Die verschiedenen Maßnahmen, die die Notverordnung der Regierung Brüning vorsieht, lösen manchmal stärkste Kritik der christlichen Arbeiterschaft aus. Die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen, vor allem was sie in sozialpolitischer und steuerlicher Hinsicht enthält, ruft bei der Arbeiterschaft, besonders bei den Unterstufungsempfängern Entsetzen hervor, vor allem deshalb, weil die Notverordnung eine einseitige Belastung derjenigen Kreise unseres Volkes enthält, die in den vergangenen Jahren mehr als andere von der Not unserer Zeit betroffen wurden. Diejenigen, die seither Not litten, führt die Notverordnung in weitere Not, ja ins Elend.

Die Notverordnung erfährt durch die Arbeiterschaft auch deshalb scharfe Ab-

lehnung, weil sie keinerlei positive Maßnahmen enthält, die geeignet sind, eine Verbesserung der Lage unseres Volkes herbeizuführen. Man vermißt Bestimmungen, die ein ausreichendes und den Bedürfnissen des Volkes entsprechendes Siedlungswert ermöglichen. Ebenso sind keinerlei Maßnahmen vorgesehen, die der Arbeitsbeschaffung in größerem Maße dienen. Die Regierung Schleicher-Papen hat es gefordert, nach ihren Taten beurteilt zu werden. Die Arbeiterschaft hat sich schon längst ihr Urteil über diese Regierung gebildet, das aber nach dem Erlaß der Notverordnung nicht anders als vernichtend sein kann.

Neuregelung der Krisenfürsorge für Arbeitslose.

Durch Verordnung vom 17. Juni 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 23. Oktober 1931 (RGBl. 1 S. 659) mit dem 26. Juni 1932 außer Kraft gesetzt.

Ebenfalls unter dem 17. Juni 1932 wird ein Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Krisenfürsorge für Arbeitslose veröffentlicht. Hiernach bleibt es für die Abgrenzung des Personenkreises, der zur Krisenfürsorge zugelassen ist, bei den bisherigen Bestimmungen. Krisenfürsorge erhalten in Zukunft nur Arbeitslose, die hilfsbedürftig sind. Ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, entscheidet sich nach den Vorschriften für die allgemeine Fürsorge in den Reichsgrundlagen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge in der Fassung vom 1. August 1931 in Verbindung mit § 15 der Reichsgrundlagen. Die Unterstufungen der Arbeitslosenversicherung gelten auch für die Krisenfürsorge. Sie sind Höchstätze. Im Rahmen dieser Sätze richtet sich das Maß der Krisenunterstützung nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit. Die Unterstufung darf nicht höher sein als der Betrag, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte. Der Ar-

beitslose ist an sich verpflichtet, jede Forderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Aufforderung dem Arbeitsamt anzuzeigen. Unterläßt er dies, so hat er zuviel gezahlte Unterstufungsbeträge zurückzuerstatten. Die Gesamthöhe der der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung beträgt nach wie vor zusammen 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen gewähren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes dies erfordert. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die Unterstufungshöchsthöhe beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder die örtlichen Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen. Was die Durchführung der Krisenfürsorge anlangt, so wird die Hilfsbedürftigkeit in allen Fällen von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband geprüft. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstufung liegt nach wie vor bei dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Soweit jedoch die Gemeinde oder der Gemeindeverband die Bedürftigkeit verneint, ist der Vorsitzende des Arbeitsamtes an diese Beurteilung gebunden. Ueber das Zusammenwirken der Arbeitsämter mit den Gemeinden oder den Gemeindeverbänden ergeht noch eine besondere Anordnung.

Der Erlaß tritt am 27. Juni 1932 in Kraft. Er ergreift auch die laufenden Unterstufungen. Ergeben sich hiernach andere Unterstufungssätze wie bisher, so dürfen die bisherigen Unterstufungen noch bis zum 23. Juni 1932 weitergezahlt werden.

Die Bedürftigkeitsprüfung.

Ihre Neuregelung in der Arbeitslosen und Krisenfürsorge.

Durch die neue Notverordnung der Reichsregierung vom 14. Juni 1932 ist zwar den Gemeinden ein Betrag von 672 Millionen Mark zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten zur Verfügung gestellt, formell ist aber die alte Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe: Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung aufrechterhalten geblieben. Die Forderungen der Gemeinden nach einer einheitlichen gesetzlichen Zusammenfassung der gesamten Arbeitslosenhilfe sind also nicht erfüllt worden. Allerdings sind einige bemerkenswerte Bestimmungen getroffen worden, wodurch die Gemeinden auch auf die Regelung der Unterstufung für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge Einfluß gewonnen haben.

Bekanntlich ist neben einer 23%igen Senkung der Unterstufung aus der Arbeitslosenversicherung auch die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nach sechswochiger Unterstufung aus der Arbeitslosenversicherung eingeführt worden, die insgesamt eine Ersparnis von 188 Millionen M. bringen soll. In der Krisenfürsorge ist unbeschränkt die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durchgeführt worden mit einer Kürzung der Unterstufungsleistung von 10 Proz., wodurch sich eine Ersparnis von 117 Millionen M. ergeben soll. Durch die neue Notverordnung ist nun bestimmt, daß, wo das Gesetz die Unterstufung von der Hilfsbedürftigkeit abhängig macht, diese Hilfsbedürftigkeit in Zukunft nur von den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden geprüft werden soll. Damit ist für die Krisenunterstützung eine alte Forderung der Gemeinden erfüllt worden. Gegen das Gutachten der Gemeinden oder des Gemeindeverbandes bei der Feststellung der Hilfsbedürftigkeit bzw. ihrer Ablehnung kann der Arbeitslose Einspruch einlegen. Alles nähere hierüber wird von den Landesbehörden in Ausführungsbestimmungen noch bestimmt werden müssen. Ausdrücklich ist aber vorgeschrieben, daß der Vorsitzende des Arbeitsamtes an die Entscheidung der Gemeinden gebunden ist, wenn die Hilfsbedürftigkeit verneint wird. Er ist aber nicht an die Entscheidung der Gemeinden gebunden, soweit die Hilfsbedürftigkeit bejaht wird. Trägt eine Entscheidung für die Prüfungsbedürftigkeit bei der Feststellung der Hilfsbedürftigkeit wird in den Gemeinden nicht gewährt. Außerdem kann vom Reichspräsidenten der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung den Gemeinden und Gemeindeverbänden außer der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit auch die ganze Durchführung der Krisenfürsorge übertragen werden. Ist eine Gemeinde nicht einverstanden, so kann die Gemeindeaufsichtsbehörde ihre Zustimmung zu dieser Übertragung an Stelle der Gemeinde erteilen.

Die christlichen Metallarbeiter in der Abwehr.

Die Vertrauensleute des christl. Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsjelle Köln beschäftigen sich am Sonntag in Deutz mit der Gesamtlage der Metallarbeiter nach dem Regierungswechsel. Sofort setzte wieder der Ruf nach Beseitigung der Gewerkschaften ein. Eine besondere Note erhielt die gutbesuchte Tagung durch die Anwesenheit des Schriftleiters Georg Wierber, der das Hauptreferat übernommen hatte.

Herr Wierber ging zunächst auf die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ein und betonte, daß das Kabinett Brüning trotz aller Notverordnungen, die von der Arbeiterschaft gewiß als Härte empfunden werden mußten, doch die Gerechtigkeit als Richtschnur bei allen Maßnahmen nicht verlassen habe. Die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die Metallarbeiter, waren davon überzeugt, daß eine, wenn auch langsame aber stetige Besserung unter der Regierung Brüning eintreten würde, allein schon deshalb, weil neben einer klaren, zielbewußten Außenpolitik auch eine den Verhältnissen entsprechende Innenpolitik gewährleistet war.

Nach dem Kabinettswechsel aber hatte die Arbeiterschaft nicht mehr die Hoffnung und den Glauben, daß diese Politik der bisherigen Regierung besonders nach der Seite der Sozialpolitik, des Siedlungs-, wohnungs- und der gerechten Lastenverteilung fortgesetzt würde.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers von Papen zeigte denn auch sofort, daß der Kurs geändert war. Die neue Regierung brachte in der bekannten Erklärung zum Ausdruck, daß nur schwache Ansätze zur Reform der Sozialversicherung gemacht worden seien, und daß sich der Staat zu „einer Wohlfahrtsanstalt“ herausgebildet habe.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers wird und muß als ein Hohn auf die Not der Arbeiterschaft betrachtet werden, und hat auch in den Kreisen der Arbeiter den schärfsten Abwehrwillen ausgelöst.

Die Notverordnung hat das gebracht, was man in der Arbeiterschaft als sozialen Rückschritt bezeichnet. Allein schon die Salzsteuer erinnert an alte Verhältnisse der Vorkriegszeit. Die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger werden durch die Kürzung,

gen auf eine Ernährungsstufe gestellt, die eines Volkes, auch nach einem verlorenen Kriege unwürdig ist. Die gesamte Verordnung ist nur als eine Belastung der unteren Schichten zu betrachten zu Gunsten der Besitzenden.

Der sogenannte Wohlfahrtsstaat soll nun beseitigt werden, nachdem Millionen Mark in die Kassen der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige in Form von Prämien und Subventionen geflossen sind. Das Unternehmertum, das jetzt wieder seine Zeit gekommen glaubt, das Arbeitsentgelt, das schon wie Hungerlöhne anmutet, noch weiter zu reduzieren, sieht seinen wirksamsten Helfer in der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, und daß die liberalistischen Wünsche und Bestrebungen, die Gewerkschaften zu beseitigen, mit einem nationalen Mantelchen zu.

Die NSDAP. mit ihren Hintermännern aus der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz glauben den nationalen Gedanken für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen, lassen aber in allen ihren Handlungsweisen jede nationale Würde vermissen. Die Maßnahmen der Regierung einschließlich der Aufhebung des Uniformverbotes sind die Einleitung zum Klassenkampf, der von oben geführt wird, in einer Art, wie er noch nicht dagewesen ist, dem aber die Arbeiterschaft mit allen Mitteln entgegenzutreten wird.

Der Redner hob besonders hervor, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich nach allen Seiten hin rechtlos machen zu lassen, sei es auf sozial- oder lohnpolitischem Gebiete, während zu gleicher Zeit andere Volksschichten durch Zölle usw. weitgehend geschützt würden.

Die nächste Zukunft wird an die Arbeiterschaft die schwersten Anforderungen stellen. Das Wohl des deutschen Vaterlandes, die christliche Volksgemeinschaft, soziale Gerechtigkeit werden maßgeblich für die Haltung der christlichen Metallarbeiter sein.

Nach einer regen Aussprache betonte der Leiter der Verwaltungsjelle, Herr H. K. u. f., daß die christl. Metallarbeiter am kommenden Sonntag in Essen zu einer Massenkundgebung aufmarschieren werden, wobei in aller Deutlichkeit die Metallarbeiter ihrem Abwehrwillen Ausdruck geben.

Aus Westdeutschland.

Köln Chronik.

Wfr. Prof. Susen gestorben.

Wfr. Köln, 18. Juli. Der erzbischöfliche Geistliche Rat und Untersuchungsrichter beim Erzbischöflichen Offizialat Wfr. Prof. Dr. Gerhard Susen ist im Alter von 61 Jahren plötzlich gestorben. Er ist in Bornheim im Landkreis Bonn geboren, wurde 1895 Priester und war Kaplan in Köln an der Herz-Jesu-Kirche. Nachdem er an der Anna in Rom 2 Jahre studiert hatte, wurde er Domvikar in Köln und 1914 zum Professor am Priesterseminar in Köln ernannt, an dem er bis zur Verlegung des Seminars nach Bensberg lehrte. Er nahm eine führende Stelle im Kurbezirk ein.

Großfeuer in einer Tonröhrenfabrik.

Wfr. Köln, 18. Juli. Montagnachmittag brach in den Tonröhrenwerken Kleinsorge bei Frechen ein Großfeuer aus, durch das der Dachstuhl und die oberen Stockwerke eingeäschert wurden. Drei Röhrenwerke bekämpften mit 14 Röhren das rasende Element. Es gelang, die sechs großen Brennöfen vor der Verhinderung zu retten. Gegen 8 Uhr war die Gefahr gebannt. Die Ursache ist unbekannt. Wie es heißt, soll der Schaden durch Versicherung gedeckt sein. Der Betrieb lag seit Januar still; erst seit 14 Tagen hatte man wieder kleinere Mengen Röhren gebrannt.

Zwei gefährliche Betrüger verhaftet.

Wfr. Köln, 18. Juli. Am 15. Juli wurde, wie die Polizei heute mitteilt, ein 26-jähriger Fuhrmann wegen Raubfahndung festgenommen. Er täuschte einem jungen Ehepaar, das hier eine Wohnung suchte, vor, er habe in der Fuhrmangasse eine Wohnung zu vermieten. Er überredete die Leute, ihre Sachen vorläufig bei einem Spektateur unterzustellen. Zwei Tage später erschien er wieder mit der Angabe, die Wohnung sei zu beziehen. Er ließ sich für Miete 8 Mark geben. Dann ging er zu dem Spektateur und holte von den dort untergestellten Sachen für etwa 700 Mark einen silbernen Uhr ab. Die Uhr hinterlegte er bei einem Handwagenverleiher für einen Handwagen, den er zum Transport der Sachen benutzte. Der gemeine Betrüger will die Sachen auf dem Heumarkt an einen Unbekannten angeblich für 9 Mark verkauft haben.

Am gleichen Tage wurde der 31-jährige Vertreter Paul Quetsch verhaftet. Außer anderen Straftaten hatte er in den letzten Wochen in verschiedenen Fällen hiesige Bäderbetriebe dadurch betrogen, daß er sich als Beauftragter der kath. Schulorganisation ausgab und zur Zeichnung von Beträgen aufforderte, die ihm auch ausgingen.

Wfr. Zimmer mit dem 40 Pfund-Schad.

Wfr. Köln, 18. Juli. Am 9. ds. Mts. ließ sich in einem Kölner Hotel ein Mann bewirten, der sich Antonio Zimmer nannte und aus London stammen wollte. Der Mann übergab als Zahlung einen Scheck über 40 engl. Pfund auf die amerikanische Express-Compagnie London. In der Annahme, daß dieser Scheck in Ordnung sei, wurden ihm auf seine Bitte 100 Mark Voranschlag gezahlt. Nach Erhalt des Geldes verschwand der Mann. Es bestätigt sich wieder: die Dummen werden nicht alle.

Bauarbeiter von einer frischen Betonbede erschlagen.

Wfr. Köln, 18. Juli. Der 43 Jahre alte Bauarbeiter Karl Dürscheidt aus Köln wurde heute morgen, etwa 10 Uhr, in einem Neubau der Kinderreichenstraße an der Altenborner Straße in Köln-Süd von einem einstufigen Betonbede erschlagen. Dürscheidt war Vater von fünf unmündigen Kindern.

Der Bauarbeiter war im Keller des Unglücksbaues mit der Herstellung eines Fußbodens beschäftigt, als sich eine noch ziemlich frische Betonbede, die außerdem mit Sandmalen belastet war, löste und den Unglücklichen, der sich allein an der gefährdeten Stelle befand, unter sich begrub. Zur Klärung der Schuldfrage hat die Baupolizei eine Untersuchung eingeleitet.

Für 10 000 Mark Lederwaren gestohlen.

Wfr. Köln, 18. Juli. In der Nacht zum Sonntag haben bisher unbekannte Diebe in der Schildergasse den Fußboden eines leerstehenden Geschäftes aufgerissen, um so in ein daneben liegendes Lederwarengeschäft eindringen zu können. Dort wurden sämtliche Kartons durchwühlt und für etwa 10 000 Mark Lederwaren mitgenommen.

Wuppertal.

Funde aus der Rückzugzeit.

Wfr. Wuppertal, 18. Juli. In einem Teil bei Heiligenhaus fanden Arbeiter im Grundschlamm gebettet eine 7,5 Zentimeter-

Granate. Nach den sofort angestellten Ermittlungen glaubt man, daß noch weitere sieben Granaten in dem Schlamm liegen. Es scheint sich um Geschosse zu handeln, die auf dem Rückmarsch im Jahre 1918 fortgeworfen worden sind.

Grubenunglück auf Zeche Rabbod.

Wfr. Bochum-Hoebel, 18. Juli. Wie erst jetzt bekannt wird, wurden am Freitagvormittag im Revier 12 der Zeche Rabbod die Bergleute Heinrich Wilsch und Bochum und Peter Beermann aus Hoebel beim Bergwerks- und herbeindringenden Gesteinsmassen verschüttet. Trotz fortgesetzter Rettungsarbeiten gelang es erst nach mehreren Stunden, die Verschütteten nur noch tot zu bergen.

Gestohlene Kartoffeldiebe wieder befreit.

Wfr. Mülheim-R., 19. Juli. In einer der vergangenen Nächte wurden von einem in der Bahnhofstraße in Heßen wohnenden Landwirt zwei Personen überrascht, die auf seinem Acker Kartoffeln ausgemacht hatten und im Begriff waren, damit das Weite zu suchen. Sie wurden von dem Landwirt gefasst. Eine dritte Person, die zur Begleitung der Diebe gehörte, flüchtete, wurde aber von dem Hund des Landwirts gefasst. Als nun der Landwirt die Personalfallen der Diebe feststellen wollte, sah er sich plötzlich von 20 Personen umringt, die ihn zwingen, die Diebe laufen zu lassen. Schließlich rief der Landwirt polizeiliche Hilfe herbei, bei deren Eintreffen die Diebe jedoch schon verschwunden waren.

Auf der Landstraße tot aufgefunden.

Wfr. Mülheim, 19. Juli. Am Sonntagabend bemerkten zwei Geschäftsleute, die sich mit ihrem Personwagen auf der Heimreise befanden, auf der Straße eine Person liegen. Beim Anhalten des Wagens stellte sich heraus, daß es sich um eine Leiche handelte. Die sofort benachrichtigte Polizei identifizierte die Leiche als den Verkäufer Hans Freitag aus Mülheim. Neben der Leiche, die schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen aufwies, befand sich eine gro-

ße Blutlache. Wie festgestellt wurde, hat Freitag mit mehreren Freunden und Freundinnen eine Rastour unternommen, und die Gesellschaft war unterwegs eingeleitet. In der Wirtshaus kam es zu Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und mehreren anwesenden Gästen. Freitag wurde gegen 21.50 Uhr an der Unfallstelle von einem Rastour angetroffenem Zustande gesehen. Ob er nun einem Verbrechen oder einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Niederrheinischer Geselemtag in Krefeld.

Wfr. Krefeld, 19. Juli. Zum niederrheinischen Geselemtag in Krefeld am 18. und 19. Juli, gleichzeitig dem ersten Nachener Diözesan-tag, hatten sich weit über 5000 Gesele aus dem ganzen Gebiet von Köln bis Cleve eingefunden. Die Führerschaft fand sich Samstag nachmittag zu einer Führerausprache ein, die sich nach einem Referat des Diözesanpräses, Kaplan Jöhren, mit Erziehungsfragen des Kolpingvereins beschäftigte. Am Abend fand im Kolpinghaus eine vaterländische Weibstunde statt, bei der Diözesan-Senior Grönsfeld (Machen) vom Ringen der Geselejugend um Neugestaltung des Vaterlandes und seiner Geseleführerschaft sprach. Der Sonntag wurde mit einem feierlichen Gottesdienst in der St. Dionysiuskirche eingeleitet, an der sich ein Vortrag von Dr. W. Reimermann (Köln) über: „Unser Bild vom neuen Deutschland“ anschloß. Die Hauptveranstaltung war am Nachmittag in der Stadthalle, die mit 5000 Teilnehmern überfüllt war. Verbandssekretär Reichstagsabgeordneter August Winkler (Köln) hielt dabei eine Ansprache über das Thema: „Der Geseleverein im Kampf um das neue Deutschland.“ Seinem häufig von Beifallstundgebungen unterbrochenen Vortrag legte er die alten Kolpingideale zu Grunde: Familie, Demokratie, Völkerruhe, und ließ ihn ausklingen in dem Bekenntnis zu vorbehaltloser Arbeit für Volk und Vaterland. Im Anschluß an diese machtvolle Kundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem Festzug durch die Straßen der Stadt, der zum Dionysiusplatz führte, wo die abschließende Kundgebung stattfand. Rund 6000 Gesele mit 75 Präses, begleitet von 20 Musikkapellen und einem Wald von Kolpingbannern, hatten sich eingefunden und hörten die Schlussansprache von Verbandssekretär Winkler (Köln). Der Redner sprach vom Aufbau Deutschlands durch die Kolpingtätigkeit, die ihrem Führer und Vorbild Adolf Kolping die

Treue geschworen haben und immer halten. Jeder Tag sei für sie ein Kolpingtag und jeder Kolpingtag ein deutscher Tag. Die Gesele forderten Gemeinschaft, Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Freiheit für alle deutschen Volksbrüder. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied schloß die Kundgebung und damit den niederrheinischen Geselemtag ab.

Neues Volkshochschulheim des Volkvereins.

Wfr. Gladbach-Heydt, 18. Juli. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse war eine Erhaltung der Volkshochschularbeit und der gesamten Volkshochschularbeit des Volkvereins für das katholische Deutschland nur durch die Verlegung der Volkshochschule von Paderborn nach Gladbach möglich. Die Erben des ersten Präsidenten des Volkvereins, des verstorbenen Fabrikanten Franz Brandt, stellten die in einem herrlichen Park gelegene ehemalige Villa als Heim dieser Volkshochschularbeit zur Verfügung. Das Haus, das in den letzten Jahren nicht mehr bewohnt war, konnte ohne wesentliche Erneuerungsarbeiten für seine jetzigen Zwecke hergerichtet werden. Es enthält große Kursus- und Konferenzsäle, mehrere Aufenthaltsräume, ein Musikzimmer, eine Bibliothek, eine Hauskapelle und schließlich Schlafäle mit insgesamt 100 Betten. Samstagmorgen ist in diesem neuen Heim der 26. Volkshochschulstag und staatsbürgerliche Kursus des Volkvereins mit 60 Teilnehmern eröffnet worden.

Gewaltige Unwetterwunden im Kreise Bernkastel.

Wfr. Bernkastel, 18. Juli. Das mit einem fast zwei Stunden anhaltenden wolkenbruchartigen Regen am Mittwochabend im Moseltal niedergegangene Gewitter hat im Kreise gewaltige Schäden angerichtet, die erst jetzt bei den Aufräumarbeiten übersehen werden können. Straßen und Weinbergwege sind oft meterlang aufgerissen. Laufende von Rubimeter Weinbergboden und Schiefer, der mühsam in die steilen Berge getragen wurde, sind weggeschwemmt worden. Die Getreibeernte, auf die die verarmten Moseltäler mehr denn je angewiesen sind, ist so gut wie ganz vernichtet. Besonders schwer betroffen wurden die Gemarkungen Lieser, wo in den bekannten Weinbergslagen großer Schaden angerichtet wurde, sowie Zelzen und Burgen der Bürgermeisterei Mülheim, wo heute noch meterhohe Schutthäufen Zeugnis von dem Unwetter geben. In Burgen wurde in einem Hause die Seitenwand durch das Wasser eingedrückt. Die Einrichtungsgesamtheiten und Kleider wurden von den Fluten fortgerissen. Feuerwehr und Nachbarschaft retteten die Bewohner. Die Winterbevölkerung wird von den Unwetterwunden besonders schwer betroffen, weil ihre Lage sowie schon trostlos ist. Staatshilfe ist beantragt.

Sandel und Wirtschaft.

Köln-Schlachtviehmarkt.

Köln, 18. Juli. Auftrieb 1188 (auftrieb 1235) Stüt Grobvieh, und zwar 288 (250) Ochsen, 222 (283) Bullen, 607 (575) Kühe, 76 (104) Färsen, 15 (13) Ferkel, 1487 (1649) Kälber, 38 (4) Schafe, 5243 (4228) Schweine.

	18. 7.	11. 7.
Ochsen		
vollfleischige, ausgemästete		
1. jüngere	34-38	34-38
2. ältere	28-31	28-31
sonstige vollfleischige		
1. jüngere	29-32	30-33
2. ältere	25-27	24-27
fleischige	23-26	
gering genährte		
Bullen		
jüngere vollfleischige	26-29	26-29
sonstige vollfleischige	22-25	23-25
fleischige	18-21	20-22
gering genährte		
Kühe		
jüngere vollfleischige	28-32	28-31
sonstige vollfleischige	24-27	24-27
fleischige	20-23	20-23
gering genährte	14-18	15-18
Färsen		
vollfleischige, ausgemästete	31-35	31-35
vollfleischige	28-30	28-30
fleischige		
Kälber		
mäßig genährte Jungvieh	18-25	20-25
Doppelender		
beste Mast- und Saugfärsen	45-57	45-58
mittlere Mast- und Saugfärsen	35-40	34-38
geringere	30-34	30-33
Schafe		
Mastlamm u. jung. Mastschaf		
1. Weibschaf		
2. Stallmast		
mittlere Mastlamm, alt. Mastschaf, gut genährte Schafe Sauglamm.		
fleischiges Schafvieh		
gering genährte Schafvieh		
Schweine		
a) über 300 Pf. Lebendgewicht	40-43	46-48
b) 240-300 "	41-45	44-48
c) 200-240 "	40-46	44-48
d) 160-200 "	38-44	42-46
e) 120-160 "	32-38	40-44
f) unter 120 "		
Gauen	32-36	30-36

Geschäftsgang: Grobvieh, beste Tiere auch höher bezahlt, ruhig; Kälber ziemlich belebt; Schweine sehr schlecht.

Die Autostraße Köln-Bonn vor der Vollendung.

Am 6. August wird sie dem Verkehr übergeben. — Das technische Gesicht der Autostraßen.

Der erste Abschnitt eines der großzügigsten Straßenbaupläne in Westdeutschland, die neue Autostraße zwischen Köln und Bonn, Teilstück der geplanten Autostraße vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet zum Mittelrhein, wird in diesen Tagen vollendet. Am 6. August wird sie dem Verkehr übergeben. Nicht allein ein verkehrstechnisch und wirtschaftlich bedeutungsvolles Straßenbauprojekt wurde hier gelöst, auch eine soziale Forderung, arbeitsmarktpolitisch gesehen, konnte dabei erfüllt werden, da es sich vornehmlich um Notstandarbeiten handelt. Im Februar 1929 wurde der Bauplan durch den Rheinischen Provinziallandtag gebilligt, und im Herbst des gleichen Jahres tat man den ersten Spatenstich. Obwohl dieser Straßenbau von der heutigen Wirtschaftskrise nicht unberührt blieb, gelang es doch der Provinzialverwaltung, Arbeitsbeschäftigung zu vermeiden.

Wie ein grauschwarzes Band zieht sich nun die 16 m breite und 20 km lange Straße durch ein leicht gewelltes Flachland. Sie ist vollkommen kreuzungsfrei. Abgesehen von den Einmündungen in Köln und Bonner Stadtgebiete ist nur noch eine Auf- und Abfahrtsrampe und zwar in Wesseling, also auf halber Strecke, vorhanden. Ein weißer Streifen inmitten der Straße zeigt den Richtungsverkehr an. Seitlich sind je zwei Meter breite Bankette zum Abstellen oder Reparieren. Da der Ortsverkehr von der Straße völlig ferngehalten ist, werden der Geschwindigkeitserhaltung mobiler Kraftfahrzeuge eigentlich keine Grenzen gesetzt. Die Straße ist so angelegt, daß eine Verkehrssicherheit noch bei einer Geschwindigkeit von 120 St.-km gewährleistet ist. Auf 200 bis 300 m ist sie immer in der Fahrtrichtung zu überbrücken. Die Kurven sind so groß, daß bis zu der genannten Geschwindigkeit der Normalverkehr wieder ohne Gefahr besteht. Der kleinste Halbmesser beträgt 1000 m. Die höchste Steigung wird mit 2 v. H. angegeben. Im allgemeinen gehen die Steigungsverhältnisse nicht über 0,5 v. H. hinaus. Durchweg ist die Straße 1 bis 1,5 m aus dem Gelände heraus gehoben. Nur bei Wesseling und Bonn waren zwei tiefere Einschnitte notwendig, wo Landstraßen und die Köln-Bonner Schnellbahn über die Autostraße hinwegzuführen. Insgesamt sind 30 Kreuzungsbauwerke errichtet. Die Brüstungsmauern der Brücken sind auf der Innenseite mit bunten Keramikplatten ausgelegt. So hat der Fahrer den Eindruck, daß auf weite Sicht perspektivisch zwei Farbbänder zusammenlaufen. Das unterbricht sehr willkommen die Eintönigkeit. Dem Fahrer gibt das Bunt der Brückengeländer Ziel und Richtungspunkt. Als vorläufige Straßenbede wählte man Teerschotter mit einmaliger Oberflächenbehandlung. Wenn die Straße sich später mal genügend gefestigt hat, erhält sie Kleinsplaster. Die

Straßenränder werden durch schwarz-weiße Reckungskette gekennzeichnet. Ueber die Beleuchtung gehen die Ansichten auseinander. Hier muß noch ein ganz neuerartiger Fragekreis erörtert werden. Mannigfaltige Versuche werden erst eine endgültige Lösung bringen. Das Verkehrsministerium ist sehr interessiert an dem Gelingen einer einwandfreien Autostraßenbeleuchtung.

Verkehrstechnisch ist also ein bedeutungsvolles Straßenbauprojekt geschaffen worden, das vorbildlich in seiner Art ist. Aber warum wurde die Autostraße überhaupt gebaut? Es ist kein Lieblingsplan, sondern eine Zwangsläufigkeit. Die alte Provinziallandstraße zwischen Köln und Bonn ist die am stärksten befahrene Straße Deutschlands, die oft einen Spitzenverkehr von 1000 Fahrzeugen in der Stunde in gegenläufigem Verkehr auf zweispuriger Fahrbahn aufzuweisen hat. Man fand vor der Frage: völliger Umbau oder Neubau mit Trennung des Schnellverkehrs vom übrigen Verkehr. Die Kostenanschläge für beide Projekte hielten sich die Waage. So kam es zum Neubau. Die gleichen Gesichtspunkte bestimmten die Provinzialverwaltung auch zu dem vorläufigen Ausbau der Autostraße. Die Autostraße Köln-Bonn ist ein Industriegebiet. Aufnahmefähigere Fernstraßen zwischen Industriegebiet, Köln und Mittelrhein dürfen mit Recht gefordert werden.

Die feierliche Eröffnung.

Die an der Verkehrsübergabe der neuen Autostraße Köln-Bonn beteiligten behördlichen und privaten Kreise sind dahin übereingekommen, daß die Eröffnung der Straße zwar in feierlicher, aber dem Ernst der Zeit entsprechender doch einfacher Weise am 6. August vollzogen werden soll. Um 11 Uhr treffen sich die Ehrengäste im Senatsaal des Kölner Rathauses, wo in einigen Ansprachen das große Straßenbauprojekt gewürdigt wird. Anschließend begibt man sich zur Abfahrtsrampe in Köln. Der Oberpräsident der Rheinprovinz wird das Band zerschneiden, und die Straße ist damit dem Verkehr übergeben. Gleichzeitig veranstaltet der Allgemeine Deutsche Automobil-Club eine große Strahlenspektakel nach Köln, deren Teilnehmer, sofern sie in der Zeit von 13 Uhr am Eröffnungstag bis 12 Uhr des folgenden Tages die Straße einmal befahren haben, eine künstlerisch ausgeführte Erinnerungsplakette erhalten. Für die Teilnehmer an der Strahlenspektakel mit Wertung sind von der Regierung der Provinzialverwaltung und den Städten Köln und Bonn außer den Abfuhrpreisen noch wertvolle Ehrenpreise bereitgestellt worden. Für die westdeutsche Automobilwelt wird die Straßenöffnung ein denkwürdiger Augenblick sein.

Brühl und Umgebung

Brühl, 19. Juli.

Katholischer Frauenabend im Josepshaus

Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr findet im Josepshaus ein Frauenabend statt. Hierzu sind alle katholischen Frauen und Jungfrauen der Stadt herzlich eingeladen. Fräulein Auguste Schröder aus Brühl, Dezerntin beim katholischen Frauenbund, spricht über das Thema „Die katholische Frau in den Entscheidungstagen des deutschen Volkes.“ Der Vortrag wird umrahmt mit Gesang- und Lautenspiel. Programm 10 Pf zur Deckung der Unkosten. Für Unbemittelte ist der Eintritt frei. Es ist Ehrensache aller katholischen Frauen und Jungfrauen an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

! Die Margaretenkirmes ist zu Ende gegangen. Die Einen, und so vor allem die Kinder, werden das schmerzlich bedauern, die Anderen, und so vor allem die Marktlamowner, werden heilsfroh darüber sein. Die Geldknappen haben nichts zu verlieren, und die Kapitalkräftigen dürften Ruhe haben bis zum nächsten Mal. Das Wetter hat es am zweiten Tage besser mit uns gemeint, als am ersten. So war denn auch der Verkehr wiederum ein äußerst reger. Mit dem Geldausgeben hat es wohl etwas mehr gehapert. Der Wille war ja gut, aber der Daumen nicht so gelenkig. Trotzdem freute man sich allenthalben so gut es eben gehen wollte. Hier und da schlugen denn auch die Bogen des Frohsinns nochmals kräftig hoch. Heute tritt der Alltag wieder in seine Rechte. Und da steht alles grau in grau aus, sowohl der Himmel heute morgen, als auch im übrigen die ganze Lage. Die Margaretenkirmes in Brühl ist vorüber, die große Kirmes, das große Welttheater dauert unvermindert an, bis es, so hoffen wir zuversichtlich, bald auch gerbricht.

!!! Für Fernsprech-Teilnehmer. Im Verlag der Deutschen Reichs-Postkassette GmbH, Bezirksdirektion Köln, erscheint voraussichtlich im August das neue örtliche Fernsprech-Teilnehmer-Verzeichnis für das Vermittlungsamt Brühl. Etwas besondere Wünsche werden von den Vertretern der Deutschen Reichs-Postkassette GmbH, Köln, die die einzelnen Fernsprech-Teilnehmer in den nächsten Tagen besuchen werden, entgegengenommen. Ebenso erteilen die Postämter bereitwillig Auskunft.

!!! Die Tage nehmen ab! Langsam, kaum merkbar, wird der Bogen der Sonne kleiner, nehmen die Tage ab. In der ersten Hälfte des Monats verkürzt sich der lichte Tag von „heute auf morgen“ um knapp zwei Minuten, in der zweiten Hälfte des Monats geschieht dies um zwei bis drei Minuten täglich. In zehn Tagen macht es aber schon einen ganz schönen Stundenteil aus, den wir hingeben müssen, und in einem Monat — am 26. August — wird die Sonne erst um

5 Uhr erscheinen, um schon 7 Uhr wieder zu verschwinden. Immerhin ist uns noch genug Gelegenheit gegeben, den schönen Sommer mit seinen langen Tagen zu genießen und das Land nach allen Richtungen zu durchstreifen!

Politischer Mord

Wesseling: Gestern abend kam es hier zu einer politischen Mordtat. Nachdem es beim Plakatleben zwischen politischen Parteien zu Geplänkel gekommen war, wurde aus einem mit Nationalsozialisten besetzten Wagen heraus auf Unbeteiligte geschossen. Ein Arbeiter, der mit der ganzen Sache nichts zu tun hatte, wurde durch Verschuß getötet, ein zweiter wurde schwer verletzt. Das Ueberfallkommando nahm verschiedene Nationalsozialisten fest. Bei den vorherigen Zusammenstößen waren auch schon verschiedene Personen verletzt worden.

Immer noch Arbeiterentlassungen und Stilllegungen im Rheinischen Braunkohlenrevier

Anfang Mai d. J. stellte die Grube Gruhlwert bei Kierberg, hauptsächlich zum Brickettverladen, 60 Arbeiter als Zeitarbeiter ein. Diese auf tägliche Kündigung eingestellten 60 Arbeitskräfte sind am 15. Juli entlassen worden.

Wir berichteten vor einiger Zeit über die Verhandlungen betreffend zeitweilige Betriebsstilllegung der Grube Donatus in Völk. Am 14. Juli sind die zwischen der Betriebsvertretung der Grube Donatus einerseits und der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brickettfabrikation in Köln, Abteilung Grube Donatus, andererseits geführten Verhandlungen zu einem Abschluß gelangt. Der bereits von der Regierung genehmigte Antrag der Verwaltung der Grube Donatus, 350 Arbeiter und 30 Angestellte zu entlassen, wurde zu Beginn der Verhandlungen als überholt beiseitegestellt. Es wurde festgestellt, daß die Anlage der Großraumförderung von der Grube zur Brickettfabrik zwei Monate, etwa die Zeit vom 1. August bis 30. September, in Anspruch nehmen wird. Mit Ausnahme des Abraumbetriebes und der elektrischen Werkstatt wird während dieser Zeit der gesamte Betrieb stillgelegt. Von der 430 Arbeiter umfassenden Belegschaft werden am 31. Juli 150 Personen entlassen. Die in Frage kommenden Arbeiter erhielten am 15. Juli bereits die Kündigung zugestellt. Ein Teil der Entlassenen soll bei Wiederaufnahme des Betriebes, am 1. Oktober 1932, wieder eingestellt werden. Angestellte werden nicht entlassen oder gekündigt. Betriebsvertretung und Gewerkschaften bemühen sich stark um Milderungen für die Belegschaftsmitglieder. Es wurde vereinbart, daß der verbleibende Teil der Arbeiter, soweit sie nicht auf dem Abraum oder in der elektrischen Werkstatt tätig sind, in drei Gruppen zu je 68 Personen in das Krümper-System eingeteilt werden. Abwechselnd soll eine Gruppe eine Woche arbeiten und zwei Wochen aussetzen. Für die Zeit des Aus-

Unter Brüning wäre das nicht geschehen!

Im Hinblick auf die zahlreichen politischen Zusammenstöße in Deutschland schreibt das englische Blatt Observer: Die **scheußlichen Kräfte**, die in dem deutschen Wahlfeldzug losgelassen worden sind, bieten einen **neuen Beweis für Brünings Klugheit**. Es war ein Unglück für Deutschland diese Linie zu verlieren. Es war Brünings Ueberzeugung und seine Politik, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht erreicht werden kann, wenn nicht die **Sturmabteilungen aufgelöst** werden.

Brünings Politik ist aufgegeben worden. So wurden allein am letzten Sonntag fünfzehn Deutsche von deutscher Bruderhand ermordet!

Brünings Politik hätte das verhindert!!!

jehens erhalten die Betroffenen die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung, ohne Anrechnung von Karenzzeit. Wie gering ab 1. August 1932 die Sätze der Arbeitslosenunterstützung sein werden, geht daraus hervor, daß ein verheirateter Bergarbeiter ohne Kinder, der den Durchschnittslohn verdient, 4,50 M pro Woche als die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung erhält. Für die zwei Monate des Betriebsumbaus wird das gesamte Einkommen der betroffenen Arbeiter, also Arbeitslohn einschließlich der Hälfte der Arbeitslosenunterstützung etwa 115 bis 120 M, demnach pro Monat 57 bis 60 M betragen. Dieses Einkommen liegt namentlich bei den kinderreichen Familien bedeutend unter den Wohlfahrtsätzen. Die Folge davon ist, daß die Wohlfahrtsausgaben bei den in Frage kommenden Bergarbeiter-Gemeinden und Bezirksfürsorge-Verbänden beträchtlich steigen werden. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker werden sich daher vor noch größere finanziellen Schwierigkeiten als bisher gestellt sehen.

Das Verhältnis der im Krümper-System einrangierten Bergarbeiter zur Knappschaftsversicherung ist inzwischen geklärt worden. Für die Zeit des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung werden die Beiträge zur knappschaftlichen Krankenversicherung von der Arbeitslosenversicherung gezahlt. Da die „Krümper“ Mitglied der Belegschaft bleiben, erfährt das Arbeitsverhältnis keine Unterbrechung. Anerkennungsgeldern zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Pensionskasse und Beiträge zur Aufrechterhaltung der Rechte in der Invalidenversicherung brauchen nicht gezahlt zu werden. Da für die Zeit des Aussetzens Beiträge zur knappschaftlichen Pensions- und Invalidenversicherung nicht gezahlt werden, kommen für die tragischen Zeiten Steigerungsbeträge nicht in Anrechnung.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Briefkasten.

Auskünfte unter dieser Rubrik werden nur Belegern der B. Z. erteilt und sind unverbindlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Beifügung der Quittung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

Angebot alter Abonnent. Anfragen ohne Angabe des Namens und ohne Beifügung der letzten Bezugsquittung werden nicht beantwortet. Ihre Frage kann auch nur dann beantwortet werden, wenn Sie nähere Angaben machen. Betr. Hauszinssteuer.

S. R. V. Wenn der Vater des Jungen zur Zeit, als der Großvater starb, nicht mehr lebte, tritt der Junge in die Rechte des Vaters ein. Er kann also einen gleichen Anteil als gesetzlicher Erbe beanspruchen.

J. A. B. Nr. 60. Die Adresse der Liga für Menschenrechte ist Berlin N 24, Monbijouplatz 10.

R. Wir würden von einer Verpflanzung in diesen Kibel abraten. Fragen Sie jedenfalls einmal einen Gärtner.

ADAC-Strahlenfahrt zur Eröffnung der Kraftwagenstraße Köln-Bonn am 6. und 7. August.

Der erste Abschnitt eines der großzügigsten Straßenbaupläne in Westdeutschland, die 20 km lange Kraftwagenstraße Köln-Bonn ein Teilstück der geplanten Kraftwagenstraße des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist am 6. August vollendet. — Aus Anlaß der Eröffnung der Kraftwagenstraße Köln-Bonn veranstaltet der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e. V. „Die Münchener-Berlin am 6. und 7. August eine Strahlenfahrt mit und ohne Wertung. Teilnahmeberechtigt an dieser Veranstaltung sind alle Kraftfahrer Deutschlands und des Auslandes. — Die Ausschreibung zu dieser Veranstaltung befindet sich z. B. noch in Druck und wird in der kommenden Woche an alle Interessenten auf Anfrage durch den Gau IV (Rheinland) ADAC, Köln, Deutsche Ring 17 zur Abwendung gebracht. —

Raffet die Kindlein zu mir kommen
und wäret es ihnen nicht,
denn ihrer ist das Himmelreich.



Unser geliebtes einziges Kind

Lothar

unser Sonnenschein ist uns am Sonntag,
den 17. Juli infolge eines Unglücks,
falsch, im Alter von 6 Jahren, entrissen
worden.

In tiefer Trauer:

Willy Hennes und Frau

Erna geb. Stratmann

Brühl, den 17. Juli 1932.

Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 21. Juli 1932, 9 Uhr vom Marien-
hospitol aus statt.



Mit Liebreiz erobert die Herzen
der Filmstar,
Das feindliche Land erobert der Held,
MERCEDES hat den Weltmarkt
erobert.
Denn sie verspricht nur was sie hält.



Prospekte über Mercedes-Schreibmaschinen bereitwilligst.
Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G. Zella-Mehlis i. Thür.
Vertretung: **A. E. Geuzer, Köln**, Haus Baums am Dom, Zimmer 116.

UNSERE LEISTUNGS- FÄHIGKEIT

in der Herstellung von Drucksachen aller Art
ist anerkannt. Wir drucken alles, was der Hand-
werker, Kaufmann und Fabrikant an Privat-
Geschäfts- und Werbedrucksachen benötigt.
Fordern Sie Muster und Preisangebote von der

**BUCHDRUCKEREI
P. BECHER, G. M. B. H.**

**BRÜHL
SCHLOSSTR. 23
FERNRUF 2108**

Elegante
**Herren-
Hüte**



Ganz niedrige Preise!

Das leistungsfähige

Spezial-Geschäft

**EUGEN PARIS,
Köln, Weyerstraße 79**

Schirmer

**BLAUBACH 18
KÖLN WAIMARKT 16**

Bedeutend vergrößert.
Besichtigen sie unsere **zwei Lager**.
Küchen, von RM 146.— an
140 cm breit mit Kühlraum
Betten, Metall . . . von RM 12,50 an
Holz . . . von RM 19.— an
Doppelschlafzimmer mit
180 cm Schrank modern . . . RM 290.—
in Eiche komplett . . . RM 440.—
Sofas in Plüsch . . . von RM 48.—
in Ledertuch . . . von RM 39.—
Gelegenheitskäufe ständig am Lager
Zahlungserleichterung evtl. gestattet.
Gegen Kasse großer Rabatt.
Ohne Wechsel. **Lieferung frei Haus.**

In- und ausländ.
**Höbelbord
Fußleisten
Unterlagshölzer
Stabtreter**

Wilh. Gredt, Bonn.

DARLEHN

an Beamte und Private
beisamt distret.
Anfragen unter G 332
an die Geschäfts. d. B. Z.

Eine hochtragende
Kuh
zu verkaufen. (3. Kalb)
Erp 144
Eustirchen Land.

Netteres Mädchen
sucht Stelle für Küche
und Hausarbeit. Näheres
in der Geschäftsstelle 771

Halbvilla
vollständig renoviert
ganz od. geteilt zu verm.
A. Linden, Brühl,
Burgstraße 1,
Zimmobilien.

Wohnhaus

mit Garten, mindestens
7 Räume, in oder dicht
bei Brühl gegen Barab-
lung zu kaufen gesucht.
Hofel & Co., Köln,
Eintrachtstraße 112 a.

In besserem Hause
1. Etage, 4 Räume
(evtl. Garagen- u. Garten-
benutzung) zu vermieten.
Anst.: Kuster, Uhlstr. 82.

**Wirsing und
Krauskohlplanzen**
abzugeben.
Pingsdorf,
Eustirchenerstr. 146.

Korten trete, Herr Bachmann! Sie ahnen ja noch gar nicht, was
 Sie eigentlich an mir getan haben! Nicht nur das Leben retten.
 Sie mit, nein, Sie ertheilen mir, begünstigste meine Erben,
 auch einen großen Theil des Vermögens. — Will Sie mal ganz
 offen zu Ihnen sprechen: In der Ueberfluthung fühlte ich in
 meinem Bogen Samen in Bette von mehr als einer Viertel-
 million bei mir. — Das Uebriß einer im dreymalstheiligen Ge-
 betsjahr verstorbenen Fante von mir. — Sollte die Bestimmung
 dem Hhlar und Vermögensverluste nach der Testamenterrönnung
 in Verfügungen in Empfang genommen und wollte sie in Söngs-
 borg bei meiner Fante deponieren. — Die Banknoten hatten nun
 Bette gestochen — ein sorgfältiger Goldbuche muß zum Ber-
 wahren wollen die Schritte mit, ebenso bei Haushalter, nachdem
 der Bogen zum Sollen gebracht worden war. Dann sollte der An-
 theil ererbt werden als sein wir vermachelt.

Soviel haben die Bette bereits eingefahren. — Also, mein
 Güter, wie dankbar ich Ihnen bin, das kann ich Ihnen im Worten
 überhaupt gar nicht ausdrücken! Sollte aber, daß ich es einig-
 machen werde durch die Tat beweisen dürfen. — Ein Schoner und
 habe keine Kinder. —

„Och, ich rede schon wieder zu viel.“ — Eine ganze Hostie haben Sie nun köstlich's Stroh vor mir, da ich nach Berlin verreisen muß. Wenn ich zurück bin, werde ich Sie hoffentlich nach Hofsa-bagen mitnehmen dürfen, damit Sie die Dineretten in meinem Schloß verteilen.“

Ein Gefühls der Verleumdung kam über Erwin.

„In acht Tagen sollte Erwin über der Grenze zu sein. Dann sollte auch Unterstörz alles durch einen ausüblichen Brief er-fahren.“ — Erst kättilchen Stillsitz nahm der von ihm. —

Und nun vor allem die Geringe! — „Schwerer Mages machte Schwereitäten, wollte erst vorlesen, wenn er erst paar Stunden geruht hätte. Aber er konnte ja schon bitten, sich anzuhalten weit-ter.“

Da — „Stidinal! — O Gott, nun würde es kommen, das Schreckliche.“ — Einu der Stide im Pläternum.

Aber nein, nein, etwas ganz anderes, vollkommen harmloses fand bei: Der Sonnenberg auf Stidinal veranlaßt an den Rom-merischen Roman eine Maßnahme von der und der Größe, um zu und zu viel.

Mich's lieber. — Wie sollte man das begreifen? — Vielleicht nahm die Seele an, Sihar sei plötzlich verstorben. — Einmal nicht zu verstehen. — Sollte er etwa noch leben, durch ein Hinderniß vor dem Tod bewahrt geblieben sein? — O, hätte man nur Zweifel!

Und die nächsten Tage brachten nichts Neues. — Erwin vermochte sich nun schon ein wenig aufzurichten und selber die Zeltung zu leiten. — Nach seiner Ueberzeugung seiend Frau Sihararg sich nicht mehr im Zitt. Wenn wollte er bärder Bestimmtes. Allein, wie geschick und auch Schwebel Mgnas anforderte, er erbr nichts Zuverlässiges von ihr. Sie kannte des Vankers Verbaner Dandane nicht, und Vollkommenoperationen gäßen im Zitt keine Beweise zu den Seitenberichten.

Die Braut neigte sich ihrem Theile zu. Vor an einen Tisch verlegt durfte Erwin noch nicht denken, denn immer nothet helle sich wieder ein und die Braute hatte nicht statt, wie er geschäft hatte. Bei dem herrlichen, warmen Frühlingserreiter wurden die Franken, soweit es die Stühle erlaubten, in den großen Kistengarten gelassen und durften auf bequemem Liegestühlen frische Bienenkörbe und belebenden Sonnenwein genießen. — Auch Erwin ließte noch Sonne und fand auf seinen ausbreitenden Stühlen abweislich von den andern ein Plätzchen. — Wiederholt hatte sich ihm heimlich Leute angeschlossen, die es gelieferte, keine Stimmigkeit zu machen, ihm anerkennende Worte zu sagen. Dem wollte er aus dem Bunde gehen. — Daß sich unter den durch ein Geschick von ihm abgewanderten Franken auch Frau Milibinet befand, ahnte er so wenig, wie sie sich etwas von keinem Stierlein träumen ließ. — Gleich würde Märgret vom Mittagsessen kommen und ein Glühwein bei ihr weilen, wie sie es täglich zu tun pflegte. —

Oben war in der Mandarierden Villa das Mittagsmahl beendet und die blinde Braut sich zurückgezogen, um zu ruhen. — Da fand der Hausherr auch schon mit dem blühenden Jünger-

menchen Verhältniss und bei Mangel, *erzählt* ihre Hand und sprach mit gedämpfter Stimme:

„Zerztes Geschlecht, sohan Sie nur hinaus, wie der Gefinghshändel! Denn sollen auch Sie nicht mit krentiger Mühne beunruhigen, sondern endlich einmal recht von Dersien loslösch kein. An meinem neuen Geschick machen wir — beide einen Quastig in den Dens hinein. — Na, ja, Sie müssen einmal hinaus! — Derrsch soll das werden!“

Sein schwammiges Gesicht war unmerklich rot vom allzu reichlich genossenen Burgunder und die bauschlüßbrannen Wangen leuchteten hell in einem unheimlichen Glanz.

„Dort, Meibauer, ich muß dringend ablehnen“, erwiderte Sie, sich von seiner reichlichen Gabe zu befreien suchend. „Sie wissen doch, daß meine Mutter mich im Stift erwartet.“

„Weißt du, weißt du! — Ich hab' Sie herauf auf nach dem Str. — Es wird dann heute aber ein bißchen kälter. — Aber — den Wellen müssen Sie mit tun! — Mergel, wenn ich Sie anfinde — dann hüble ich den Frühlings in meiner eigenen Brust! — Ich, lassen Sie mich heute noch einmal an unsere Unterredung anknüpfen: Haben Sie meine erstn gemeinten Worte überlesen?“

Dante hat bei sich selber gehofft, der gewöhnliche Dmögkheit würde sie im Grunde lehren, so lange sie noch hier im Dante weilt, so sah sie sich in dieser Dmögkheit bitter getraut. — Die rief sich, los von heimer Dmögkheit und sich mit bitterer Stimme hervor: „Betrachten habe Sie mit, mich nicht wieder zu befehlen! — Meine Meinung gab ich Ihnen bereits deutlich genug zu verstehen.“

Wenn Sie glauben, Ihre aus emporstehenden Abschlachten gehen Ihnen ein Meid, noch neuem anständig zu werden, so vergiffen wir viel lieber an alles."

"Und Sie behaupten, Ihre arme Mutter lieb zu haben? — Gräfin Maria! alle Sorgen will ich von Ihnen nehmen für immer! — Mit Diamanten und Geldern will ich Sie schmücken, wenn Sie nur ein klein wenig lieb!" —

Da wollten die Fier schon über Rand so lache von dannen
— Mein, es ging weithin nicht länger! Sie mußte bleib's Danks
für immer verfallen, schon heute, Möchte werden, was da wollte.
Es ging der Mitter ja jetzt so gut, daß sie in den nächsten Tagen
aus dem Stitt entlassen werden würde. Da bliebe denn nichts
anderes übrig, als treibend ein Unterkommen zu suchen und sich
wieder auf Delmatien zu begeben. Gleich wollte sie Mittern den

Wieder verträumt! — Aber der liebe Gott lebt ja noch, also nur nicht den Muth verliert!

Der Bhag nach dem Eitf war bald zurückgelegt. — Manget mußte, daß die Mutter im Garten zu finden sein würde, dortin begab sie sich sofort hinein. Durch die hintere Pforte war sie gegangen und der selbst gebaute Bhag führte sie an dem ganz weitefont im Gommendien ruhenden Granter der äußeren Station vorüber. Schnell wollte sie an ihm vorbeigehen; aber da fällt ein Bild aus ihren von Tränen verdeckten Augen auf sein blaßes Gesicht, sie kommt augenblicklich in jähen Schritten ihren eiligen Schritt und steht in maßlosem Erstaunen bevor.

„Der Meertich — Sie — in — ab — 19“

«Sofort hatte sie ihn, an den sie täglich gedacht, erkannt. — Und er war nicht minder überrascht als sie selber. Ein helles Rot betonte das bunte, stachelig gewordene Grün und ein Dünkeln flirrte aus den weinlaugigeren Augen. Welch eine Schönheit, seine kleine Marcell! Das muntere Kind, der in der Wäldchens-Hütte vor nun fast einem Jahr so betrübte Bastian war geworden wie ein aus der Gruppe lieblich erblühendes Mäulein. Erstausend, bezeichnend, alle Gedanken verwirrend! — Aber dieselben unheilvollen, jetzt so betörend und verführerisch auf ihn ruhenden Augen waren das ja immer noch. —

„Fräulein Maggot,“ sprach er leise, „nennen Sie hier irgend
meinen Namen. — Ach — ich bin der Eulorioss Buchmann, von
dem Sie vielleicht gehört haben.“ —
(Fortsetzung folgt.)

2000 2001

Die Art, wie Silvanus Brunnlich alles ordnend in die Hand genommen hatte, mochte auf Maria einen großen und nachdrücklichen Eindruck. Sollte sie bisher geglaubt, daß Silvanus Brunnlich zwar ein hochachtbarer Mensch mit geistigem Charakter, aber doch auch in den kleinen Dingen des Alltags ein findhaftes Gemüth sei, so sah sie sich in etwaß geändert. Nunmehr war sie zum Bewußtsein gekommen, daß die Furcht vor der Summe von Kleinigkeiten, wie sie Herr Dr. Brunnlich ganz fortgesetzt betriebe, ein äußerst tiefer Lebensgefühl und tiefer Selbstonomie der Stille bedeute.

Geheimlich hatte ja hoch viele Erkenntnis haben gelernt als Maria sie gefunden. Denn das demüthig Labortorium, dessen Erfinder und Besitzer Ariston Thunberg war, hatte sich in konsequenter Entwicklung im Laufe der Jahre, ohne daß besondere Glücksfälle geschehen oder persönlichen Art dem jungen Unternehmen förderlich gewesen wären, zu Glanz und Glorien entwickelt. Der antreibende und ordnende Geist, der hinter dem Ganzen stand, mußte also mit Fähigkeiten ausgestattet sein, die den Erfolgen der Lebensarbeit entsprachen.

Geist steht verstand Maria den höheren Sinn ihrer Arbeit als Ersetztin des nichtthätigen Mannes. Sie dachte sich ein wenig vor sich selber, daß es fünf Jahre geblieben hatte, ehe sie die Mergenheit des Mannes erkannte, auf dem sie stand.

[illegible][illegible]

Sinter der Gefährdungen sah Maria und meinte, still und aus tiefer, weiser Sorge — um den geliebten Mann und um den fahnen Tramm — still. Und dann war der tapferste Mut kämpferischer Jugend über sie gekommen. Sie erkannte auf einem Schritt von Gedankensprüngen, Getriebe und sah Maria nun eine Unternehmung bei. In seiner ruhigen Zeit götte er wortlos zu,

was Maria ihm zu sagen hatte. Er konnte ein Gefühl der Befremdung nicht los werden, als das innere Schloß sich hob, in diesem Saße auf den Ulrich verzichteten zu dürfen, daß er vielmehr das Geld ausgeht hätte. Einnehmend gaben seine Augen durch das offene Fenster hinaus auf die fahlen Tannen im Grünen, wo sommerliche Fracht sich verdunstend auflöste. Die sommerliche Hitze der Mothenbolzen trieb ihn, querellam erwidre den Worten. Er hob und schloß die Fenster seine Augen ährt und fielen mitten in Marias Gesicht.

Sie lächelte. „Geduld, Maria, aber wenn ich das

zu etwas sagen darf, dann meine ich, Sie hätten eine Singschönung noch auf nötig. Ich lese voraus, daß Sie zunächst einen fröhlichen Grund hat. Dafür glaube ich Sie genügend zu kennen."

Fortdend tafelten die Fliegen genau Stutzen über die Saugmündungsöffnung, das schmale, ein wenig blasse Gesicht. Maria ließ bewußt, eine tiefe Stille flammte ihr plüßlich in Eilern und Abgängen. Stochmols klang Strolaus Stuhndrills fortwährende Stimme:

Wie kommt man aber doch ein wenig rauchig zu sein, daß ich ihren Schmutz ertrinke?

Stille und tollas erziehen ihm das junge Sträbchen. Ein meger Schweiß, unermessliche Fle. Strolachs Ständerlich empfand es als einmal, fast wie eine stille Begleitung, daß Maria nicht vor ihm gehen wollte. Auf einmal war ihm, dem Stunne-fellen ohne Sech und Familienspflicht, das junge Spiel vor ihm mehr als die innerliche Sträbchen. Der Sohn ihrer jungen Stillschließung zog ihn an; er fühlte eine stille Gatt-schaft in ihrem Seegen emporen.

Eine helde gekemmiselnd schlagelung flumte um die beiden. Mitolans stumbeolnd fand selb und ficker auf, trat zu Slatra und fassle nach ihrer Hand. Der helle Stufstitt kam von dem Gran lantele, in starnas setzen tausend starnungs-gegloden. Sie eufassle bes doctos Gemfinsben, sie umfste, daß sie ihm in hietel Eimbe mehr gewoben, als sie ihm zu sein wunnenle. Eine schelstlosle Eitulation bereitete sich vor, der man lieber willen anuorommen gult, damit die Gemein-choft bes doctos nicht sterbe.

Sattig, tief Slatra die storte hervor: „Sich möche ein kleines Opter bringen — für meinen stertoben.“ Eine schlagelge Spannung stand in ihren Slugen, ein schliefelst mit dem füllen stann ihr gegenüber, daß ihre Eimbe mitle und stöhend slang.

Als *Pharia* gegangen, sah *Phloicus* *Abundant* lange nach innen gewandt und finstern. In seinem Herzen war die alte Leidenschaft noch gewoben; er dachte sich nicht, sich einzugeben, daß es ihm einige Mühe gekostet hätte, seine Enttäu- dung nachzugeben. Stille und ein wenig die veraltete Unwissenheit, Stille und die Eigenliebe. Er beneidete den vornehm Mann, für den *Pharia* zu opfern bereit war. Er beneidete die tapfere und getreue Jugend und sich, daß ein junges Leben über die Zeit eigenem Schicksal.

Die Biegel im Garten standen von Stiefeln und Geweihten. Sankelmanns Stiefel waren so schön, daß sie nicht zu den andern gehörten. Sie waren aus einem Stück Leder gemacht und hatten eine so schöne Form, daß sie nicht zu den andern gehörten. Sie waren aus einem Stück Leder gemacht und hatten eine so schöne Form, daß sie nicht zu den andern gehörten.

„Alto, Götzen Maria, meine Hand darauf, Ihr Bismarck wird nicht „flempen“ und Sie werden in einem hohen Urtand stehen. —“

Es war ermunternd, wie fester und geschäftig Nitolaus Bismarck alles regelte.

Somit lie glücklichen Menschen in der Welt nicht ganz ausserden, können sie der Dofion, und er weigerte eine nie Wehmuth in seinem Seelen.

Novellente von Adam Siebenhans.
a. Nachdruck verboten.

a. Maschdruck verboten.

[illegible]

Spille und rathlos erröthen ihm das junge Mädchen. Ein weber Gleiches umwehte sie, Heliosas Stundlich empfand es auf einmal fast wie die felle Spiegelfung, daß Maria nicht von ihm gehen wollte. Nur einmal noch ihm, dem Jüngling, folgen ohne Sech zu Familienficht, das ihm Speien vor ihm mehr als die änerdliche Mitterbeitein. Der Sonst ihrer jungen Sechlichkeit zog ihn an, er fühlte eine felle Gattichkeit in ihrem Seien emporenen.

Eine helde gekemmiselnd schlagelung flumte um die beiden. Mitolans stumbeolnd fand selb und ficker auf, trat zu Slatra und fassle nach ihrer Hand. Der helle Stufstitt kam von dem Gran lantele, in starnas setzen tausend starnungs-gegloden. Sie eufassle bes doctos Gemfinsben, sie umfste, daß sie ihm in hietel Eimbe mehr gewoben, als sie ihm zu sein wunnenle. Eine schelstlosle Eitulation bereitete sich vor, der man lieber willen anuorommen gult, damit die Gemein-choft bes doctos nicht sterbe.

Sattig, tief Slatra die storte hervor: „Sich möche ein kleines Opter bringen — für meinen stertoben.“ Eine schlagelge Spannung stand in ihren Slugen, ein schliefelst mit dem füllen stann ihr gegenüber, daß ihre Eimbe mitle und stöhend slang.

Als *Pharia* gegangen, sah *Phloicus* *Abundant* lange nach innen gewandt und finstern. In seinem Herzen war die alte Leidenschaft noch gewoben; er dachte sich nicht, sich einzugeben, daß es ihm einige Mühe gekostet hätte, seine Enttäu- dung nachzugeben. Stille und ein wenig die veraltete Unwissenheit, Stille und die Eigenliebe. Er beneidete den vornehm Mann, für den *Pharia* zu opfern bereit war. Er beneidete die tapfere und getreue Jugend und sich, daß ein junges Leben über die Zeit eigenem Schicksal.

Die Biegel im Garten standen von Stiefeln und Geweihten. Sankelmanns Stiefel waren so schön, daß sie nicht zu den andern gehörten. Sie waren aus einem Stück Leder gemacht und hatten eine so schöne Form, daß sie nicht zu den andern gehörten. Sie waren aus einem Stück Leder gemacht und hatten eine so schöne Form, daß sie nicht zu den andern gehörten.

„Alto, Götzen Maria, meine Hand darauf, Ihr Bitt-
garn wird nicht „flempen“ und Sie werden in einem
höhen Urlaub sein.“ —
Es war ermunternd, wie fester und geschäftig Nitolaus
Bunberich alles regelte.
Damit die glücklichen Menschen in der Welt nicht ganz
aussehen, kümmerte der Doktor, und er versenkte eine
kleine Wechmut in seinem Seegen.